

Bezirkskonferenz

15. & 16. Juni 2024

Springe



**FÜR EINE WELT, IN DER FÜR
IMMER FRÜHLING IST.**



ANTRAGSBUCH

Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2024

Herausgeber*innen:

Jusos Bezirk Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller*innen verantwortlich.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1. Begrüßung

TOP 2. Wahl eines Präsidiums

TOP 3. Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 4. Beschluss über die Tagesordnung

TOP 5. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 7. Grußworte

TOP 8. Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

TOP 9. Entlastung des Bezirksvorstandes

TOP 10. Diskussion und Beschluss eines Arbeitsprogramms

TOP 11. Wahl einer oder eines Bezirksvorsitzenden

TOP 12. Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden

TOP 13. Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

TOP 14. Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress

TOP 15. Wahlen der Vertreter*innen im Bundesausschuss

TOP 16. Nominierungen

TOP 17. Antragsberatung

TOP 18. Schlusswort

Vorgeschlagene Geschäftsordnung

§ 1 Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, wird die Konferenz unterbrochen oder alle nicht behandelten Anträge in den Bezirksbeirat verwiesen. Über die Dauer der Unterbrechung oder die Überweisung entscheidet das Plenum.

§ 2 Rede- und Antragsrecht haben alle anwesenden Mitglieder sowie die vom Bezirksvorstand geladenen Gäste. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten.

§ 3 Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

§ 4 Wortmeldungen werden grundsätzlich schriftlich beim Präsidium eingereicht. Es wird eine Redeliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau und einem Mann das Wort erteilt wird („Reißverschlussprinzip“). Nicht-binäre Genoss*innen werden in die Redeliste eingefügt, danach geht es im Reißverschlussprinzip anknüpfend an die vorherige Reihenfolge weiter. Stehen keine Frauen/nicht-binäre Personen mehr auf der Redeliste, erhalten noch maximal drei Männer aufeinanderfolgend das Wort, danach wird die Redeliste geschlossen. Die Redeliste kann einmalig, mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten, für drei weitere Redner geöffnet werden. Sobald sich Frauen/nicht-binäre Personen melden, wird wieder nachquotiert.

§ 5 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Antrag erhoben wurde. GO-Anträge ohne Gegenrede sind angenommen. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

§ 6 Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten. Zur gleichen Sache erhält die gleiche Person höchstens zweimal das Wort. Durch GO-Antrag kann die Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder Tagesordnungspunkt auf einen kürzeren Zeitraum festgesetzt werden.

§ 7 Persönliche Erklärungen sind stets zulässig. Sie sind nur am Schluss einer Debatte oder nach einer Abstimmung möglich.

§ 8 Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.

§ 9 Anträge, die nicht innerhalb der ordentlichen Antragsfrist gestellt wurden (Initiativanträge), können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium in einer zur Vervielfältigung geeigneten Form (grds. elektronisch) vorgelegt werden.

§ 10 Personalvorschläge für die Wahlen zum Bezirksvorstand und für die Nominierung zum SPD-Bezirksvorstand sind bis zu einer Stunde nach dem Beginn der Konferenz am Samstag möglich. Personalvorschläge für die Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress sind bis zu dreißig Minuten nach der Fortsetzung der Konferenz am zweiten Tage zulässig. Personalvorschläge zum Bundesausschuss werden vom Bezirksvorstand nach dessen Wahl und Konstituierung gestellt und sind zulässig. Personalvorschläge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.

Personalvorschläge

Kandidatur als Doppelspitze für den Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert als Doppelspitze von
Albers	Marco Darius	UB Diepholz, UB Hildesheim, UB
Jarmuth	Lisa	Landkreis Harburg, UB Nienburg, UB Region Hannover

Kandidaturen für den stellvertretenden Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert von
Block	Emily	UB Nienburg
Flügge	Johannes	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Heinrich	Ronja	UB Region Hannover
Hemme	Pascal	UB Celle
Meyer	Lara	UB Diepholz
Ritter	Lana	UB Nienburg
Schoor	Leon	UB Göttingen
Siegismund	Fidelia	UB Region Hannover
Sözücek	Mert	UB Hildesheim
Weifenbach	Marlon	

Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress

Die Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress werden als Tischvorlage zur Bezirkskonferenz vorgelegt.

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm	3
AP01 – „Für eine Welt, in der für immer Frühling ist“ – Arbeitsprogramm des Juso-Bezirksvorstands 2024/25	3
A – Arbeit und Soziales	16
A01 – Ja zum EDF-Manifest – Solidarität für Menschen mit Behinderung.....	16
A02 – Vollständige Solidarität in der Sozialversicherung.....	18
A03 – Erhöhung des Mindestlohns auf 15€.....	20
A04 – Bezahlkarte Asylsuchende.....	21
A05 – Handwerk	23
A06– Altersversorgung für Selbstständige	25
B – Bildung.....	26
B01 – Ruheräume am Schulen!	26
B02 – Dgti-Ergänzungsausweis an allen Hochschulen – Für bessere Anerkennung von trans* und nicht binären Identitäten!	27
B03 – Drogenprävention an Schulen	28
D – Digitales und Medien	29
D01 – Aufklärungsunterricht Datenschutz und Social-media Kompetenz	29
E – Europa, Internationales und Intergalaktisches	30
E01 – Das „Versöhnungsabkommen“ zwischen Deutschland und Namibia muss neu verhandelt werden!	30
F – Feminismus, Gleichstellung und Gender	32
F01 – Gleiche Chancen für gleiche Arbeit - Gleichstellung von FINTA*s in der Arbeitswelt	32
F02 – FINTA*-Vernetzung bei den Jusos ausbauen – dauerhafte Strukturen schaffen!.....	34
F03 – JA heißt JA, auch in Deutschland!	35
F04 – Feministische Mobilitätskonzepte umsetzen!.....	37
G – Gesundheit und Körperpolitik.....	38
G01 – Mehr Aufmerksamkeit für Gewalt in der Geburtshilfe	38
G02 – Gesundheit ist Menschenrecht! Ein solidarisches System für alle.....	40
G03 – Brust ist Brust	42
G04 – Aufhebung der Genehmigungspflicht zur Kostenübernahme von medizinischem Cannabis	43
G05 – Gynäkologische Gesundheit für alle – der vaginale Ultraschall muss von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden!.....	44
G06 – Verstaatlichung von Krankenhäusern und Pflegeinstitutionen	45
G07 – Die Corona-Pandemie aufarbeiten.....	46
G08 – Abschaffung der Quengelzone im Supermarkt	47
I – Inneres und Antifaschismus.....	48
I01 – Rechts ist so 1933!	48

I02 – Never again is now – Kein Platz dem Antisemitismus	54
I03 – Waffenrecht endlich konsequent umsetzen	56
I04 – Erleichterung für Immigrierte	58
S - Sonstiges	60
S01 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag	60
S02 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie	62
S03 – Leerstand bekämpfen!	64
S04 – Mehr Durchsetzungsvermögen der SPD in der Ampelkoalition, insbesondere gegenüber der FDP.	65
S05 – Keine Tierausbeutung in Zirkussen - Forderung nach einem bundesweiten Verbot von Zirkussen mit Tieren.....	66
S06 – Olaf seine Augenklappe wiedergeben	67
V - Verkehr	68
V01 – Dauerhafte Finanzierung des bundesweiten 49€-Tickets zwischen Bund und Ländern sicherstellen	68
V02 – Kein Verkauf von Schenker durch die Deutsche Bahn: Keine Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren	69
W – Wirtschaft und Finanzen	70
W01 – Erhöhung des Grundfreibetrages	70
U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit.....	71
U01 – Resolution: Stoppt den japanischen Walfang!	71
U02 – Energiewende für alle: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen	73
U03 – Zigarettenstummel? Nein danke!	75
U04 – Was passieren muss, damit Menschen auch in der Klimakatastrophe überleben können.	76
U05 – Klima Krise Kommunikation	78
U06 – Kompletter Ausstieg aus der Atomkraft	79
U07 – Einwegvapes abschaffen	81
U08 – Klima- und Umweltfreundlichkeit von Produkten als Warnhinweise	82

AP - Arbeitsprogramm

AP01 – „Für eine Welt, in der für immer Frühling ist“ – Arbeitsprogramm des Juso-Bezirksvorstands 2024/25

Antragsteller*in	Bezirksvorstand
Sachgebiet	AP - Arbeitsprogramm

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

1 Einleitung

2 Für eine Welt, in der für immer Frühling ist, kämpfen wir Jusos im Bezirk Hannover schon
3 seit 1914. Gemeinsam setzen wir uns für eine jungsozialistische Politik ein, kämpfen
4 gegen rechte Strukturen und für eine gerechte Europäische Union. Wir streben nach einer
5 Gesellschaft, die von Gleichberechtigung, Solidarität und Fortschritt geprägt ist, in der alle
6 Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozialen Status gleiche Chancen
7 und Rechte haben. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den nächsten Jahren
8 wichtige wegweisende Wahlen anstehen, welche die Zukunft junger Menschen
9 maßgeblich mitgestalten werden, ist es wichtig, dass wir Jusos uns aktiv in unsere
10 Gesellschaft und die SPD einbringen.

11 Für junge Menschen hat der seit Jahren anhaltende Krisenmodus kein Ende: Finanzkrise,
12 Klimakrise, Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine und Nahost, die mangelnde
13 Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum - all diese Faktoren verunsichern junge
14 Menschen. Die Auswirkungen dieser Belastungen und Verunsicherungen sind
15 verheerend. Im Mai 2024 hat die Studie "Jugend in Deutschland" gezeigt, dass 22 % der 14
16 - 29 jährigen, die keine Parteipräferenz haben und die wählen gehen wollen, für die AfD
17 votieren würden. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren! Darüber
18 hinaus ist der Anteil an jungen Menschen, die sich nicht sicher sind, bei welcher Partei sie
19 sich am besten aufgehoben fühlen, im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich gestiegen.
20 Etwa 25 % der jungen Menschen wissen nicht, welche Partei zu ihnen passt. Es liegt an
21 uns Jusos, junge Menschen wieder von der Politik zu begeistern, es bedarf endlich eines
22 verantwortlichen Umgangs mit der Schuldenbremse, Maßnahmen für bezahlbaren
23 Wohnraum, Investitionen in die Bildung und den Klimaschutz! Leider trägt auch die
24 Bundesregierung zur Verunsicherung junger Menschen bei. Zu oft wird von gegenseitigen
25 Blockaden berichtet, zu oft steckt die stärkste Partei SPD dabei zugunsten der FDP zurück.
26 Zu sehr wird die SPD von den Kompromissen des Kanzleramts in den Schatten gestellt.
27 Verglichen mit der CDU/CSU-geführten Vorgängerregierung hat die Ampel schon viele
28 Fortschritte erreicht. Doch gerade bei zentralen materiellen Fragen herrscht keine
29 Einigkeit. Weder hat die SPD eine Übergewinnsteuer, eine einmalige Vermögensabgabe
30 oder einen Industriestrompreis erreichen können noch eine angemessene Anhebung des

Mindestlohns auf mindestens 14 Euro oder eine solide ausfinanzierte Kindergrundsicherung. Mit jeder Haushaltsdebatte steigt der Sparzwang auf die Bereiche, die uns Jungsozialist*innen besonders wichtig sind. Umso wichtiger ist es, dass wir uns dem neoliberalen und zunehmend verzweifelten Kurs der FDP nicht beugen und für eine Zuspitzung des sozialdemokratischen Profils werben. Wir müssen diese Themen in die SPD tragen und laut sein, für eine Welt, in der für immer Frühling ist.

Unsere Themen

Antifaschismus

Im Januar 2024 wurde bekannt, dass AfD-Politiker*innen gemeinsam mit Identitären und anderen Rechtsradikalen beraten haben, wie sich Millionen von Menschen aus Deutschland deportieren ließen. Nicht erst seit dieser Enthüllung geht von den Wahlerfolgen der AfD eine massive Bedrohung, insbesondere für BIPOC aus, sowie für all diejenigen, die nicht in dieses faschistische Weltbild passen. Infolge der Correctiv-Recherchen kam es bundesweit zu beeindruckenden Demonstrationen gegen die AfD. Diesen zivilgesellschaftlichen Protest gegen Rechts wollen wir weiter am Leben halten und tatkräftig unterstützen. Besonders wichtig ist uns dabei, dass der Protest nicht nur in wenigen Großstädten stattfindet, sondern ebenso in ländlichen Räumen und dort oft stark von Jusos geprägt wird. Neben der Unterstützung von Demonstrationen werden uns auch inhaltlich weiter mit dem Kampf gegen Rechts beschäftigen. Dazu zählt vor allem die Debatte um ein mögliches AfD-Verbot. Antifaschismus wird ein Schwerpunkt in unserer politischen Bildungsarbeit sein.

Ganz praktisch wird unser Antifaschismus im September, wenn in Thüringen, Sachsen und Brandenburg die Landtage gewählt werden. Die Umfragewerte in allen drei Bundesländern sind schockierend. Gleichzeitig haben wir dort engagierte Genoss*innen, die tagtäglich gegen rechte Strukturen kämpfen. Wir wollen unsere Genoss*innen im Wahlkampf vor Ort unterstützen und uns mit ihnen den Faschist*innen entgegenstellen. Antifa bleibt Handarbeit.

Seit dem 7. Oktober steigt die Anzahl der antisemitischen Vorfälle in Deutschland beträchtlich an. Oft handelt es sich um israelbezogenen Antisemitismus. Der Nahostkonflikt wird zur Mobilisierung antisemitischen Hasses genutzt. Viele Jüdinnen*Juden berichten, dass sie sich in Deutschland nicht sicher fühlen und ihr Judentum verstecken müssen. Dieser Entwicklung können wir nicht tatenlos zusehen! Wir dulden keine Form des Antisemitismus. Umso wichtiger ist es, Aufklärungs- und Bildungsarbeit in diesem Bereich zu leiten und über die verschiedenen Formen und Codes, in denen moderner Antisemitismus auftreten kann, zu informieren und zugleich eine aktive Erinnerungskultur zu pflegen.

Europa

Nach der Europawahl ist das Thema Europa für uns noch lange nicht beendet und wir wollen uns weiter mit unseren Visionen für Europa beschäftigen. Nach der Wahl fängt für uns die Arbeit für ein offenes, solidarisches und nachhaltiges Europa erst richtig an. Wir

wollen ein Europa, das weit mehr darstellt als nur einen Wirtschaftsraum. Unsere Vision sind die Vereinigten Staaten von Europa mit menschenwürdigen Zuständen an den EU-Außengrenzen. Dabei wollen wir auch ein sozialeres Europa stärken und gemeinsam mit Jusos aller Ebenen an der Umsetzung unserer Visionen aus dem Europaprogramm arbeiten.

Dafür wollen wir in den Austausch mit unseren europäischen Partner*innen, beispielsweise YES (Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen in Europa), treten.

Wirtschaft

Abhängigkeiten reduzieren!

Wir leben in einer multipolaren Welt, mit verschiedenen Interessensphären und Machtblöcken, welche ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen wollen. Dies geschieht auf ganz unterschiedliche Weise, zum Beispiel durch Beteiligungen oder gleich das Aufkaufen von Häfen, Flughäfen, Bahnhöfen oder anderen wichtigen Infrastrukturen durch Staatskonzerne. Oder auch einfach dadurch, dass Staaten anderen Staaten günstige Kredite anbieten, für wichtige Infrastrukturprojekte, und sie damit dann aber auch in Abhängigkeiten bringen.

Deshalb hat sich der deutsche Staat und auch die gesamte Europäische Union keinen Gefallen getan, als sie sich in den vergangenen Jahrzehnten in solche starken wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu anderen Staaten begeben hat, die unser Wertefundament von Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten nicht teilen. Als Russland 2022 seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, kam uns das teuer zu stehen. Bei China droht uns Ähnliches. Denn die aktuellen Entwicklungen in China werden zunehmend gefährlicher. Insbesondere im indopazifischen Raum versucht China seine Nachbar*innen, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, zu dominieren oder in seine Abhängigkeitssphäre zu ziehen. Ein prominentes Beispiel dafür sind Chinas territoriale Ansprüche im südchinesischen Meer und auf Taiwan, auch die neokolonialistische Vorgehensweise Chinas in Afrika ist besorgniserregend. Doch die deutsche Wirtschaft reagiert bis heute nicht, Profite sind nämlich in diesen Märkten immer noch zu holen. Klar ist aber auch, dass eine vollständige Abkopplung weder möglich noch sinnvoll ist. Wir wollen uns trotzdem dafür einsetzen, die Risiken zu minimieren und die Intensität von Handelsbeziehungen nach gemeinsamen Werten wie Demokratie und Menschenrechten auszurichten. Die Europäische Union muss deshalb bei wichtigen Gütern und Rohstoffen entweder die Lieferant*innen diversifizieren und/oder eigene Produktionskapazitäten aufbauen, denn als Internationalist*innen glauben wir nicht an rein nationalstaatliche Lösungen. Außerdem müssen wir die Perspektive anderer Länder im indopazifischen Raum, die durch Chinas Expansion beeinflusst werden, stärker in den Fokus nehmen.

Unsere Vision einer sozialistischen Wirtschaftspolitik

Als Jungsozialist*innen müssen wir die vorher beschriebene Lage aber entschieden problematisieren! Wir stehen nicht für wirtschaftliche Machtblöcke und Interessensphäre.

Wir wollen eine demokratische, eine jungsozialistische Welt, in welcher wir nicht mit anderen in Konkurrenz stehen um Kapitalinteressen, sondern gemeinsam an einem guten Leben für uns alle arbeiten. Das gute Leben für alle im demokratischen Sozialismus, das ist unser Leitbild, zu welchem wir auch im kommenden Jahr als Vorstand arbeiten werden. Neben der außenpolitischen ist die innenpolitische Perspektive bei der Wirtschaftspolitik mindestens genauso wichtig, aber auch hier sieht es nicht besser aus! Egal ob bei neoliberalen Denkmustern von Teilen der Ampelregierung oder durch eine noch neoliberalere und rechte Opposition, sozialistische Wirtschaftspolitik hat keinen leichten Stand. Aber was ist diese "sozialistische Wirtschaftspolitik" überhaupt konkret? Das wollen wir im nächsten Vorstandsjahr genauer beleuchten. Generell können wir aber sagen: Der Markt regelt nicht alles, vor allem nicht im Bau- und Wohnungsmarkt! Spätestens Initiativen wie "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" sollten dort als Beispiel genügen, dass etwas im Argen liegt. Durch jahrzehntelange Privatisierungswellen von ehemaligen öffentlichen Wohnraum und Spardiktate im sozialen Wohnungsbau hat die soziale Kälte des Marktes nun vollends den Bau- und Wohnungsmarkt übernommen. Eine 2024 erschienene Jugendstudie zeigt, dass die geringe Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum eine der größten Sorgen junger Menschen ist. Auch die kürzlichen Abkühlerscheinungen des überhitzten Marktes sind nur eine kleine Verschnaufpause. Im nächsten Vorstandsjahr wollen wir uns deshalb anschauen, wie eine jungsozialistische Bau- und Wohnungspolitik aussehen kann.

Unsere Wirtschaft - gerecht und klimaneutral!

Bis 2045 will die Bundesrepublik Deutschland klimaneutral werden, bis 2050 die EU. Die Debatte über die Novellierung des Klimaschutzgesetzes hat gezeigt, wie ungleich die Bereitschaft in den verschiedenen Sektoren ist, Emissionen einzusparen. Eine Aufweichung der Klimaziele ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen uns weiterhin intensiv mit der sozialen und ökologischen Transformation unserer Wirtschaft beschäftigen. Dabei ist es uns wichtig, nicht nur die Klimaziele, sondern auch die Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu beleuchten. Insbesondere die Verkehrswende lässt immer noch auf sich warten. Da der Verkehrsbereich den Alltag vieler Menschen unmittelbar berührt, ist es umso wichtiger, sozialverträgliche Maßnahmen umzusetzen, die auch die unterschiedlichen Bedingungen auf dem Land und in der Stadt berücksichtigen. Leider fällt das Bundesverkehrsministerium vor allem durch Blockade auf und hält sich mit realitätsfernen Debatten über synthetische Kraftstoffe auf. Wir werden deshalb Konzepte für einen klimaneutralen Verkehrssektor diskutieren und weiter Druck ausüben, um den Stillstand in diesem Bereich zu überwinden.

Feminismus

Wenn Faschist*innen erstarken, bekommen dies insbesondere FINTA*, queere Personen und BIPOC als erstes zu spüren. Diese Tendenzen können wir bereits in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erkennen. So wurde beispielsweise das Recht auf Abtreibung unter der ehemaligen PiS-Regierung in Polen stark eingeschränkt. Für uns steht fest: Wir unterstützen das Ergebnis der Expert*innenkommission als richtigen ersten Schritt und setzen uns für eine vollständige Legalisierung von Abtreibungen ein.

153 Die Legalisierung von Abtreibungen wollen wir inhaltlich begleiten und darüber
154 informieren.

155 In Zeiten von Krisen wird ein löchriger Sozialstaat, marode Infrastrukturen und miese
156 Löhne oft von Rechten genutzt, um gesellschaftliche Gruppen gegeneinander
157 auszuspielen. Damit dies nicht passiert, bedarf es einer guten feministischen Sozialpolitik,
158 die Frauen und genderqueeren Menschen Schutzräume bietet und sie vor den Folgen
159 rechter, unsozialer Politik schützt. Insbesondere FINTA*-Personen sind von prekären
160 Lebensverhältnissen betroffen und befinden sich in patriarchalen Abhängigkeiten, nicht
161 zuletzt wegen des Gender-Pay-Gaps. Es bedarf einer guten Sozialpolitik, mit präventiven
162 Maßnahmen gegen Rechts, sowie einer Ausfinanzierung von Frauenhäusern und
163 weiteren Schutzräumen. Wie eine gute, feministische Sozialpolitik aussehen kann, wollen
164 wir im kommenden Vorstandsjahr diskutieren.

165 Im Jahr 2024 wurde im Bundestag das Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Ein
166 wichtiger Schritt, denn die Diskriminierung durch das bisher geltende
167 Transsexuellengesetz (TSG) wurde dadurch endlich beendet. Das Leben von
168 Transpersonen wird spürbar verbessert, jedoch bleibt weiterhin vor allem die
169 Bevormundung von Kindern und Jugendlichen bestehen. Denn erst ab 14 Jahren erhalten
170 Transpersonen (mit Einschränkungen) die Möglichkeit, die Erklärung über ihr Geschlecht
171 selbstständig abzugeben. Fest steht, wir Jusos kämpfen für ein selbstbestimmtes Leben
172 queerer Menschen, egal welchen Alters!

173 Es liegt an uns Jusos, uns innerhalb und außerhalb unseres Verbandes für eine
174 feministische Gesellschaft einzusetzen und gegen jegliche antifeministische
175 Bestrebungen zu kämpfen, sowie uns gegen die Diskriminierung aufgrund des
176 Geschlechts oder der sexuellen Orientierung zu positionieren. Obwohl die Jusos ein
177 feministischer Richtungsverband sind, müssen wir unsere Arbeit im Bereich des
178 Feminismus weiter ausbauen. Wir wollen zunächst das 1x1 des Feminismus durchgehen
179 und unsere feministischen Grundlagen ausbauen und erweitern. Ebenso ist es uns
180 wichtig, das Themenfeld Feminismus in jede unserer Veranstaltungen einzubeziehen.
181 Unser Feminismusverständnis bezieht verschiedene Perspektiven ein, materialistische,
182 intersektionale und queere. Denn wir Jusos kämpfen für eine Welt, in der das Patriarchat
183 keine Zukunft mehr hat.

184 Uns ist besonders wichtig, dass nicht nur FINTA* sich mit feministischen Themen
185 auseinandersetzen. Insbesondere männlich sozialisierte Personen sehen wir in der
186 Pflicht, sich aktiv mit feministischen Themen auseinanderzusetzen. Auch die kritische
187 Reflexion sehen wir in der Stärkung von Genderplena.

188 In unserem Verband sollen sich alle wohlfühlen und gerne an ihren inhaltlichen
189 Herzensthemen arbeiten. Doch verbale und non-verbale Belästigung schaffen in unserer
190 Gesellschaft und in unserem Verband ein Gefühl der Unsicherheit. Durch Bildungsarbeit
191 wollen wir unsere Mitglieder für dieses Thema sensibilisieren und besonders FINTA*
192 Personen geschützte Räume bieten. Gleichzeitig ist es für uns wichtig, mit einem
193 geschulten Awareness-Team die Möglichkeit von Ansprechpersonen zu gewährleisten.

194 Gesundheit und Forschung

195 Die medizinische Forschung hat während der Corona-Pandemie und der Entwicklung des
196 RNA-Impfstoffs zweifellos eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Doch diese
197 verdiente Aufmerksamkeit sollte nicht nachlassen, sondern sich auf noch breitere
198 Themenbereiche ausdehnen.

199 Obwohl medizinische Forschung eine nahezu alltägliche Relevanz für alle Menschen hat -
200 sei es durch Besuche bei Ärzt*innen oder die Behandlung chronischen Krankheiten - wird
201 sie oft als politisches Nischenthema betrachtet. Dabei ist Gesundheit zweifellos einer der
202 wichtigsten Faktoren für eine gute Lebensqualität, und medizinische Forschung bildet die
203 Grundlage dafür.

204 Wir sehen eine Herausforderung in der verteilten Gesetzgebungszuständigkeit bei
205 medizinischen Datenaustausch zwischen Bund und Ländern in Deutschland. Hier könnte
206 eine einheitliche europäische Regelung Abhilfe schaffen und eine europaweit vernetzte
207 medizinische Forschung ermöglichen.

208 Wir erleben noch immer eine Ungleichbehandlung der Gender im medizinischen Bereich.
209 Noch immer wird nicht ausreichend auf das unterschiedliche Schmerzempfinden oder die
210 Beschreibung der Symptomatik von FINTA* eingegangen. FINTA* kommen häufiger zu
211 spät in die Notaufnahme, erhalten seltener Operationen, werden bei Notfällen oft später
212 wiederbelebt und bekommen Diagnosen häufig zu spät gestellt. So ist die Sterblichkeit
213 nach einem Herzinfarkt bei FINTA* signifikant höher als bei männlichen Personen. Auch
214 FINTA*-spezifische Erkrankungen, wie z.B. Endometriose, sollten besser erforscht und
215 behandelt werden.

216 Auch im Hinblick auf die Entwicklung neuer Medikamente wird kaum auf die
217 unterschiedlichen Wirkungsweisen auf FINTA* Rücksicht genommen. Diese Tatsachen
218 sind keine neuen Erkenntnisse und doch zeigen sie uns, dass wir auch weiterhin für
219 Gendergerechtigkeit im Gesundheitswesen einstehen müssen.

220 Denn diese Beispiele zeigen deutlich: Es wird noch nicht gendergerecht genug geforscht.
221 Die Gesundheit muss zukunftssicher werden, was eine geschlechtersensible Forschung
222 miteinschließt. Der Gender-Health-Gap muss geschlossen werden!

223 Neben diesen Punkten stehen wir weiterhin vielen Problemen in der Gesundheitspolitik
224 gegenüber, darunter die Mängel in Pflege und klinischer Versorgung - sowohl personell
225 als auch finanziell. Wir haben bereits auf Bundesebene entsprechende Beschlusslagen
226 erarbeitet und werden das Thema weiterhin in unseren Bildungsveranstaltungen und
227 Diskussionen ansprechen.

228 Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns die Legalisierung, Entstigmatisierung und
229 Entkriminalisierung von Abtreibungen. Europaweit sollte es für FINTA*-Personen möglich
230 sein, eine Abtreibung bei Bedarf sicher unter bester Betreuung durchführen zu können.
231 Die Stigmatisierung der Abtreibung sorgt zudem dafür, dass deutlich weniger Ärzt*innen
232 ebendiese durchführen, weil die Kriminalisierung zu Verunsicherung führt und Ärzt*innen
233 von Abtreibungsgegner*innen zunehmend angefeindet werden, die in Paragraph 218

eine Legitimierung dafür sehen. Auch die verpflichtende Beratung, die aber nicht von der*in behandelnden Ärzt*in durchgeführt werden darf, ist eine weitere belastende Hürde für Betroffene. Die flächendeckende Versorgung mit Abtreibungen ist Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung und muss dementsprechend überall, auch in ländlichen Regionen, gewährleistet sein. Dazu müssen Abtreibungen immer auch Bestandteil der medizinischen Ausbildung sein. Wir kämpfen dafür, dass die rückwärtsgewandten und ewig gestrigen Rechten nicht das Feld bzw. nicht den Uterus beherrschen.

Landwirtschaft, Ernährung und Umweltschutz

Landwirtschaft ist sicherlich nicht eines der jungsozialistischen Kernthemen und gerät bei uns auch schnell mal in den Hintergrund. Als Jusos im Bezirk Hannover wollen wir das Thema in diesem Vorstandsjahr allerdings näher betrachten. Wir setzen uns für eine nachhaltige Landwirtschaft, den Schutz der Biodiversität und eine gesunde Ernährung ein. Diese Themen sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten. Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle für die Ernährungssicherheit und die Gestaltung unserer Umwelt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaft ökologischer wird und den Biodiversitätsverlust stoppt. Eine gesunde Ernährung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Wir setzen uns für eine Ernährungspolitik und Nahrungsmittelproduktion ein, die gesunde und nachhaltige Lebensmittel für alle Menschen zugänglich macht, fernab vom kapitalistischen Gedanken. Ferner beinhaltet das, dass Zutatenlisten und Kennzeichnungen auf Lebensmitteln für Verbraucher*innen transparent und verständlich gestaltet sein sollten, und dass Ernährungsbildung eine viel bedeutendere Rolle zugeschrieben wird. Denn jede*r sollte die Chancen und Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren!

Des Weiteren wollen wir uns mit EU-Handelsabkommen und Lieferketten über das 2024 beschlossene europäische Lieferkettengesetz hinaus auseinandersetzen. Wichtig ist dabei zum einen eine Klima- und Umweltperspektive auf die Produktion und den Transport, aber auch ein intersektionaler, antikolonialer Blick auf Menschenrechte und Arbeitsbedingungen rund um den Globus.

Internationalismus

Internationale Solidarität

Internationale Solidarität ist ein wichtiger Grundsatz, der sich darauf bezieht, sich für die Rechte aller Menschen einzusetzen, unabhängig von Nationalität, Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Hintergrund. Als Jusos Bezirk Hannover setzen wir uns aktiv für internationale Solidarität ein. Unser Engagement spiegelt unser Verständnis wider, dass soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit universelle Werte sind, die keine geografischen oder politischen Grenzen kennen. Wir glauben daran, dass wir gemeinsam eine bessere Welt schaffen können, indem wir uns für die Rechte und das Wohlergehen aller Menschen einsetzen. In einer Welt, die zunehmend von autoritären Regimen und eskalierenden Konflikten geprägt ist, wird die Bedeutung internationaler Solidarität immer deutlicher. Sie ist das tragende Gerüst für eine Welt, die auf Gerechtigkeit und

Menschlichkeit fußt. Es ist unsere Pflicht, über nationale Grenzen hinaus zu denken und zu agieren, um die Würde und die Rechte aller Menschen zu verteidigen. Darüber hinaus ist es unabdingbar, eine Politik zu verfolgen, die nicht nur humanitäre Hilfe leistet, sondern auch fair und gerecht ist für jene, die Zuflucht und Schutz suchen. Dies erfordert von uns, stets die Interessen und das Wohlergehen der Menschen in den Vordergrund zu stellen und aktiv für eine Welt einzutreten, in der jeder Mensch die gleichen Chancen auf ein würdevolles Leben hat.

Für ein solidarisches und humanitäres Asylsystem

Mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) hat die EU weiter an ihren Festungsmauern gebaut. Auch auf nationaler Ebene überwiegt ein Narrativ, das sich gegen Geflüchtete richtet und damit rechte Hetze bestärkt. Wir werden weiter für ein menschenwürdiges Asylsystem kämpfen, das diesen Namen auch verdient und Öffentlichkeit für die Missstände an der EU-Außengrenze schaffen. Dafür werden wir innerhalb der SPD werben, aber auch mit Bündnispartner*innen den öffentlichen Druck erhöhen. Insbesondere FINTA* sowie Kinder sind Leidtragende von Flucht und Vertreibung. Unser Blick auf Migration und Asyl muss deshalb ein feministischer sein.

Ungebrochene Solidarität mit der Ukraine

Der im Februar 2022 von Putin initiierte Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat viele von uns überrascht. Auch die Brutalität, mit der dieser Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt wird, war für viele nicht vorstellbar. Nicht in Europa. Nicht vor unserer Haustür. Der Überfall auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf einen Staat, in dem die Menschen sich nach Freiheit und Demokratie sehnen. Sie verdienen weiterhin unsere volle Unterstützung und Solidarität.

Gleichzeitig wurden mit dem Angriff jahrzehntelange Fehler aufgedeckt. An der Aufarbeitung dieser Fehleinschätzungen werden wir weiter mitwirken. Die starke Abhängigkeit vom russischen Gas hat zu starken Preissteigerungen geführt und hat viele Menschen bei uns stark belastet. Auch ist uns klar geworden, dass wir die Resilienz und die Verteidigungsfähigkeit unserer Gesellschaft stärken müssen. Zugleich beobachten wir in Teilen der Gesellschaft, bedingt durch den russischen Angriffskrieg, eine neue Militarisierung, mit der wir uns als antimilitaristischer Verband kritisch auseinandersetzen werden.

Frieden im Nahen Osten

Mit dem schrecklichen Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 hat die Hamas einen neuen Krieg im Nahen Osten ausgelöst. Die Terroristen der Hamas verschanzen sich in ziviler Infrastruktur und zahlreiche Zivilist*innen sterben in den Kämpfen. Der Norden Israels ist durch den Beschuss der islamistischen Hisbollah unbewohnbar geworden und der Iran hat Israel das erste Mal direkt angegriffen. Das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar. Alle Menschen in der Region haben das Recht auf ein Leben in Frieden. Im Nahostkonflikt konkurrieren verschiedene Narrative, die sich oft auf lang zurückliegende Ereignisse beziehen. Wir werden uns deshalb mit der komplexen

Lage im Nahen Osten und den verschiedenen Akteur*innen, ihren Interessen und historischen Hintergründen beschäftigen. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Lage im Iran, wo das Mullah-Regime die eigene Bevölkerung massiv unterdrückt und gleichzeitig die größte Gefahr für den Frieden in der Region darstellt.

Transatlantische Beziehungen

Am 5. November 2024 finden die Präsidentschaftswahlen in den USA statt. Für viele fühlt es sich wie ein Déjà-vu an, dass Donald Trump erneut US-Präsident werden könnte. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen wird maßgeblich von der Wahlentscheidung der US-Amerikaner*innen abhängen und damit auch die Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO. Wir werden uns damit auseinandersetzen, welche möglichen Szenarien es für die transatlantischen Beziehungen gibt und welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen, falls sich die USA weiter von Europa entfernen. Mit der Rolle der USA im Indopazifik werden wir uns ebenfalls beschäftigen.

Sicherheit durch Rüstungskontrolle

Wir leben in einer Zeit der Aufrüstung. Spätestens der russische Angriffskrieg hat eine enorme weltweite Rüstungsspirale in Gang gesetzt. Auch in der deutschen Debatte kommt die Rüstungskontrolle aktuell zu kurz. Wir werden uns deshalb vor allem mit der Rüstungskontrolle neuer Waffensysteme wie automatisierter Waffen auseinandersetzen. Auch darüber hinaus wollen wir uns damit beschäftigen, wie internationale Sicherheit jenseits von Aufrüstung und Abschreckung gewährleistet werden kann. Wir wollen diese Aspekte einer zu sehr auf Rüstung verengten Debatte entgegensetzen.

Dem globalen Süden auf Augenhöhe begegnen

Die Staaten, die als globaler Süden bezeichnet werden, sind vielfach bereits gute Partner*innen für uns. Sie nehmen in der UN-Vollversammlung eine immer selbstbewusstere Rolle ein und gestalten die Entscheidungen dort mit. In vielen Staaten des globalen Südens wird der Einfluss der ehemaligen Kolonialmächte kritisch hinterfragt und sich anderen Staaten zugewandt. Häufig sind die neuen Partner*innen keine Demokratien, sondern Autokratien wie China oder Russland, die im Gegenzug Zugriffsmöglichkeiten auf Rohstoffe, die Entwicklung von Infrastruktur oder militärische Unterstützung anbieten.

Dazu müssen wir einen Gegenentwurf anbieten, der überzeugt. Hierzu müssen wir auch die Rolle der deutschen Regierung hinterfragen und sowohl die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit als auch die eigene historisch gewachsene Rolle betrachten. Gerade in Bezug auf den deutschen Kolonialismus und die noch immer aufrecht erhaltenen globalen Abhängigkeitsketten muss die deutsche Außenpolitik eine klare Aufarbeitung und Kehrtwende hin zu Begegnungen auf Augenhöhe sowie eine Stärkung von zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen priorisieren. Zentrale Bestandteile sind die Menschenrechte und die Grundsätze einer feministischen Außenpolitik. Eine enge Zusammenarbeit mit Diktaturen oder Staaten, die Minderheiten nicht schützen, darf es nicht geben.

355 Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit

356 Bis zum Ersten Weltkrieg gehörte Deutschland zu den großen Kolonialmächten mit
357 Besitzungen in Afrika, Asien und im Pazifik. Die deutsche Kolonialgeschichte wurde nach
358 dem Zweiten Weltkrieg durch die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus
359 weitgehend verdrängt. In den letzten Jahren hat die kritische Auseinandersetzung mit der
360 Kolonialzeit in der Öffentlichkeit, in der Politik, in der Wissenschaft und in der Kultur
361 deutlich zugenommen. Für uns ist klar: Wenn Deutschland das Unrecht seiner kolonialen
362 Vergangenheit wiedergutmachen will (sofern das überhaupt möglich ist), kann dies nur
363 gelingen, wenn die betroffenen Menschen und ihre Stimmen in den Mittelpunkt des
364 Prozesses gestellt werden.

365 Bekämpfung von Armut und Förderung von Bildung weltweit

366 Armut ist ein globales Problem, das Millionen von Menschen betrifft. Sie führt zu
367 unzureichender Ernährung, schlechter Gesundheit, mangelndem Zugang zu Bildung und
368 zum Teil menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Um Armut zu bekämpfen, sind
369 Maßnahmen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene erforderlich. Dazu gehören
370 soziale Sicherheitsnetze, die finanzielle Unterstützung für bedürftige Menschen bieten,
371 sowie Investitionen in Bildung und Qualifikation, um die Chancen auf Beschäftigung und
372 Einkommen zu verbessern. Faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Migrant*innen:

373 Migration stellt einen wesentlichen Faktor der globalen Wirtschaft dar. Um die Lebens-
374 und Arbeitsbedingungen von Migrant*innen und migrantisierten Personen zu
375 verbessern, ist es unerlässlich, faire Löhne sowie sichere und gerechte
376 Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Auch hierbei ist eine intersektionale Perspektive
377 unerlässlich. Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland vor allem migrantisch geprägt. Die
378 Bekämpfung von Ausbeutung ist dabei ein zentraler Schritt, um nicht nur die individuelle
379 wirtschaftliche Situation der Betroffenen zu stärken, sondern auch um die ethischen
380 Standards und die Gerechtigkeit auf dem globalen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

381 Soziale Gerechtigkeit

382 Rente ist nicht nur ein Thema für ältere Menschen!

383 Gerade für uns junge Menschen ist Rente ein Zukunftsthema. Für die Höhe, die
384 Lebensarbeitszeit und die Ausgestaltung der späteren Rente werden heute die
385 Grundlagen gelegt. Für uns ist klar, wer gearbeitet hat, muss eine Rente bekommen, die
386 zum Leben reicht. Dafür wollen wir uns auch weiterhin einsetzen. Dazu wollen wir uns mit
387 dem gegenwärtigen Rentensystem sowie Vorschlägen zur sozialistischen Reform des
388 Rentensystems beschäftigen.

389 Weg mit der Zukunftsbremse!

390 Die Schuldenbremse vernichtet unsere Zukunft. Die Schuldenbremse hindert den Staat
391 daran, für die Zukunft nötige Investitionen zu tätigen. Wir haben einen massiven
392 Investitionsstau in Infrastruktur, Klimawende und Bildung, der jetzt bereits unsere
393 Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt hat. Es sind nicht geringe Löhne, die unsere

394 Wettbewerbsfähigkeit erhalten, sondern gute Löhne, eine moderne Infrastruktur und ein
395 Bildungssystem, welches die Arbeitnehmer*innen von Morgen ausbildet. Wenn jetzt nicht
396 massive Investitionen in den Klimaschutz erfolgen, dann gibt es kein Übermorgen mehr.
397 Weg mit der Zukunftsbremse, die unsere Zukunft verhindert.

398 Chancengleichheit

399 Jeder Mensch sollte unabhängig von der Herkunft, dem Geschlecht, der Religion oder
400 sozialem Hintergrund die gleichen Chancen haben und das individuelle Potenzial
401 entfalten können. Auch in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. So simpel diese Aussage
402 klingt, so traurig ist es auch, wie weit wir in Deutschland noch davon entfernt sind. Denn
403 über den Schulabschluss und die späteren Karrierechancen entscheiden nach wie vor
404 unter anderem sozialer Status, Herkunft, einflussreiche Kontakte und, gerade auf dem
405 Arbeitsmarkt, auch das Geschlecht. Die Liste an diskriminierenden Faktoren lässt sich
406 leider ewig weiterführen. Das kann so nicht weitergehen, denn ohne Chancengleichheit
407 keine soziale Gerechtigkeit! Deshalb setzen wir uns klar für die Herstellung der
408 Chancengleichheit in Deutschland ein.

409 Sozialstaat neu gedacht und Verteilungskämpfe

410 Unser Sozialstaat ist nicht perfekt, oftmals ist er sogar weit entfernt davon, gut zu sein!
411 Unserer Analyse nach ist der Sozialstaat ein wichtiges Mittel in Verteilungskämpfen und
412 sollte auch diesem Anspruch gerecht werden! Aktuell wird er dies nicht. Menschen die
413 Unterstützung vom Sozialstaat brauchen, werden oftmals als Bittsteller*innen
414 stigmatisiert. Wir werden uns mit dem Aufbau des deutschen Sozialsystems beschäftigen
415 und unsere Mitglieder darin schulen, wie sie neoliberale Angriffe auf den Sozialstaat
416 widerlegen können. Gleichzeitig soll unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialstaat
417 nicht nur defensiv sein. Wir wollen die Schwächen des deutschen Sozialsystems
418 identifizieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Das ist eng verbunden mit der Reform
419 des Steuersystems, das derzeit noch immer vor allem Umverteilung von unten nach oben
420 betreibt. Das muss umgekehrt werden.

421 **Unsere Veranstaltungen und Formate**

422 In den vergangenen Jahren konnten wir Jusos im Bezirk Hannover bereits viele
423 erfolgreiche Denkfabriken und ThinkTanks durchführen. Darauf wollen wir aufbauen!
424 Damit unsere Denkfabriken weiterhin ein Erfolgsmodell bleiben, wollen wir im
425 kommenden Jahr neue praktische und didaktische Ansätze in unsere Denkfabriken
426 einbauen. Im Rahmen unserer Denkfabriken und ThinkTanks wollen wir in- und
427 außerhalb unseres Bezirkes Ortsbegehungen sowie Betriebsbesichtigungen mit
428 Betriebsräten durchführen, um neue Perspektiven für unsere inhaltliche Verbandsarbeit
429 zu gewinnen. Wir Jusos setzen uns aktiv gegen Antisemitismus und Rassismus jeder Art
430 ein. Als weitere Veranstaltung abseits von unseren Denkfabriken wollen wir daher eine
431 Gedenkstättenfahrt organisieren und durchführen. Insbesondere vor dem Hintergrund
432 vermehrter antisemitischer und rassistischer Übergriffe kommt der Gedenkstättenfahrt
433 eine große Bedeutung zu.

Im Rahmen des nächsten Vorstandsjahres möchten wir weiterhin aktivistisch im gesamten Bezirk unterwegs sein. Dazu gehört für uns die dezentrale Präsenz bei u.a. CSDs, am feministischen Kampftag oder am 1. Mai. Auch wollen wir zu Demonstrationen aufrufen und diese unterstützen. Zu unserem kreativen Aktivismus kann beispielsweise ein Demotraining gehören. Um unsere Argumentationsweisen und öffentlichen Auftritte zu stärken, kann ein Rhetorik-Workshop geeignet sein.

In allen unseren Denkfabriken finden Genderplena statt. Diese wollen wir auch im kommenden Jahr fördern, sowie weiterhin durchführen. Über die Genderplena hinaus wollen wir sichere Orte für FINTA* in unserem Verband schaffen, in denen sie sich austauschen und empowern können und jede Stimme gehört wird. Dafür wollen wir unsere FINTA*-Vernetzungen neu denken und feministische Abende organisieren.

Eine niedersächsische BIPoC-Vernetzung werden wir aktiv unterstützen.

Als zentrales Projekt für das kommende Vorstandsjahr sehen wir die Erarbeitung einer durchgängigen Neumitgliederkampagne in Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk. Für eine erfolgreiche dauerhafte Mitgliederkampagne empfinden wir es als wichtig, unsere Mitglieder miteinzubeziehen. Denn es gibt mehr als eine richtige Strategie, um Neumitglieder zu gewinnen und diese auch aktiv zu halten. Wir wollen im Rahmen des Workshops und best-practice Beispielen voneinander lernen.

Als internationalistischer Verband möchten wir den Austausch und Kontakt zu unseren internationalen Partner*innen stärken. Darüber hinaus sehen wir eine Delegationsreise als eine Art der Möglichkeit, unsere internationale Zusammenarbeit zu stärken. Wie wertvoll der Kontakt und Austausch mit unseren internationalen Partner*innen ist, konnten wir bereits bei vergangenen Veranstaltungen und Delegationsreisen erleben. Mit deutlich geringerem Aufwand können internationale Partner*innen zudem zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden und z.B. Online-Workshops halten. Dadurch wird die internationale Dimension unserer Arbeit für Mitglieder zugänglich.

Auch ist geplant, ein Fest ähnlich wie das Europafest im vergangenen Vorstandsjahr abzuhalten. Dabei soll der allgemeine Vernetzungscharakter im Vordergrund stehen, um unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, einander (besser) kennenzulernen, aber auch den freien und lockeren Raum zu geben, sich über die Arbeit in den verschiedenen Unterbezirken auszutauschen. Auch denkbar ist im nächsten Jahr eine Art Sommercamp, um einen Fassadenwechsel zu ermöglichen. Diese Vernetzungsangebote können mit einem Bildungsangebot, wie unseren Denkfabriken, verbunden werden.

Unser Bezirk Hannover

Unser Bezirksvorstand ist Ansprechpartner*in für unsere Unterbezirke. Wir werden im kommenden Vorstandsjahr unsere Unterbezirke vor Ort weiterhin unterstützen und mit ihnen vertrauensvoll und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Als einfaches Kommunikationsmittel und zur Förderung des Austauschs zwischen den UBs sehen wir den Bezirksbeirat als wichtiges Mittel. Unseren Bezirksbeirat wollen wir bei ihrer Arbeit tatkräftig unterstützen und fördern.

474 Neben dem Bezirksbeirat wollen wir auch wieder unsere bereits erfolgreich
475 implementierte Unterbezirksvorsitzendenkonferenz (UBVK) durchführen. Hier soll
476 insbesondere der Austausch untereinander gefördert, Ideen geteilt und sich auf die
477 dauerhafte Gewinnung von Neumitgliedern fokussiert werden.

478 Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil in unserem Bezirk. Neben unseren
479 Denkfabriken und Thinktanks möchten wir ebenso weiterhin auf unsere Seminare auf
480 Abruf setzen. Die Unterbezirke können hierbei Mitglieder des Bezirksvorstands für
481 themenspezifische Veranstaltungen anfragen. Von Workshops zu Feminismus,
482 Demokratischen Sozialismus, bis hin zu unserem Steuersystem können viele inhaltliche
483 Inputs für eure Unterbezirke gehalten werden. Die Seminare auf Abruf werden wir
484 verstärkt bewerben und sichtbar machen.

485 Für einen starken Bezirk Hannover ist eine offene Kommunikation in- und außerhalb des
486 Bezirksvorstandes notwendig. Nicht nur wollen wir den Bezirksbeirat für eine
487 transparente Arbeit und offene Kommunikation nutzen, auch die Stärkung unserer Social
488 Media Präsenz sehen wir als gute Möglichkeit unsere Standpunkte und Ideen nach außen
489 zu tragen.

490 Neben Gender-Plena und Awareness-Teams bei all unseren Veranstaltungen soll auch
491 weiterhin ein dauerhaftes Awareness-Team auf Bezirksebene aktiv sein. Dieses soll
492 gleichermaßen aus Mitgliedern des Bezirksvorstandes und den Unterbezirken bestehen.
493 Das dauerhafte Awareness-Team soll außerhalb unserer Veranstaltungen bei konkreten
494 Fällen für die Unterbezirke und unsere Mitglieder im gesamten Bezirk ansprechbar sein.
495 Jedoch soll das Awareness-Team nicht nur in konkreten Fällen aktiv werden, sondern auch
496 im Vorfeld präventiv vorbeugen und über Awareness-Arbeit informieren. Die Awareness-
497 Arbeit wird auf Basis unseres bereits beschlossenen Leitfadens stattfinden.

498 **Die SPD und Wir**

499 Wir sind die Jugendorganisation der SPD und zugleich linker Richtungsverband innerhalb
500 der SPD. Wir machen linke Politik in den Parlamenten ebenso wie auf der Straße. Diese
501 Doppelstrategie werden wir weiter pflegen. Unser Umgang mit der SPD ist kritisch-
502 solidarisch. Im SPD-Bezirksvorstand sind wir personell stark vertreten und wir werden uns
503 dort weiter intensiv einbringen. Besonders wichtig ist es uns, unsere personellen und
504 inhaltlichen Vorstellungen für die Bundestagswahl 2025 in die Partei zu tragen.

A – Arbeit und Soziales

A01 – Ja zum EDF-Manifest – Solidarität für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in	Jusos Region Hannover
Sachgebiet	A – Arbeit und Soziales

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover stehen im Schulterschluss mit den Forderungen des fünften
2 Europäischen Parlaments für Menschen mit Behinderung. Wir teilen die zu erwartende und
3 berechnete Kritik der Vereinten Nationen an Deutschland zur fehlenden Weiterentwicklung in
4 Sachen Inklusion und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung. Die Bundesregierung und
5 Landesregierungen fördern noch immer Sonderstrukturen, in Niedersachsen werden Schüler*innen
6 mit besonderem Förderbedarf wieder vermehrt an gesonderten Schulen unterrichtet. Menschen mit
7 Behinderung sind in unserer Gesellschaft Menschen, denen immer noch zu häufig die
8 Menschlichkeit, das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung, entzogen wird. Wir verurteilen diese
9 Rückentwicklung und fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen endgültige und
10 langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Menschen mit Behinderung. Auch wir,
11 die Jusos, bekennen uns zu unserer Verantwortung, den Betroffenen des diskriminierenden Systems
12 wieder mehr zuzuhören. Unter dem Motto Nichts über uns ohne uns muss ihnen ein Sprachrohr
13 geboten werden, um den Einfluss auf die politische Agenda zu erhöhen. Die Jusos Bezirk Hannover
14 unterstützen das Manifest des European Disability Forums (EDF) in seiner Gesamtheit und fordern
15 alle Kandidierenden dazu auf, die inhaltlichen 18 Punkte des Manifests in der kommenden
16 Legislaturperiode zu berücksichtigen und umzusetzen.
- 17 Wir setzen uns solidarisch für folgende Punkte ein:
 - 18 1. Gewährleistung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen
19 Leben in der EU. Wir bestehen darauf, dass alle Menschen mit Behinderungen das unveräußerliche
20 Recht haben, an politischen Prozessen teilzunehmen, sei es durch das aktive oder passive Wahlrecht.
21 Für die kommenden EU-Wahlperioden werden wir für einen barrierefreien Wahlprozess kämpfen
22 und setzen uns entschieden gegen jegliche Diskriminierung bei der politischen Teilhabe ein.
23 Menschen mit Behinderungen müssen als gleichberechtigte Partner in der Gestaltung politischer
24 Programme gesehen werden.
 - 25 2. Kämpfen für eine Europäische Union, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt sind
26 und die UN-BRK als unumstößliche Richtschnur gilt. Wir werden nicht nachlassen, sicherzustellen,
27 dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU gemäß der UN-
28 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) respektiert und durchgesetzt werden. Dies erfordert einen
29 konstanten Einsatz zur Überprüfung und Aktualisierung von Strategien sowie die Schaffung spezieller
30 Institutionen und Haushaltslinien zur uneingeschränkten Umsetzung der UN-BRK.
 - 31 3. Ein sozialeres Europa schaffen

32 Es müssen mehr soziale Programme und Unterstützungsdienste bereitgestellt werden, um Menschen
33 mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang zur Bildung, zur Beschäftigung und zur sozialen
34 Inklusion zu ermöglichen. Wir fordern neben den Berufsbildungswerken und Behindertenwerkstätten
35 weitere integrative Beteiligungsmöglichkeiten für Arbeit, Bildung und Wohnen für Menschen mit
36 Behinderungen. Dafür müssen Inklusionsbetriebe ausgebaut und finanziell mehr gefördert werden.

37 4. Schaffung uneingeschränkter Barrierefreiheit und Freizügigkeit in Europa Priorität hat die
38 Schaffung einer barrierefreien Umgebung für alle Bereiche des öffentlichen Lebens in der gesamten
39 EU. Wir fordern die Einführung einer EU weitgültigen Disability Card, um die Angleichung der
40 Teilhaberechte in der EU zu ermöglichen.

41 5. Schutz von Menschen mit Behinderungen in Europa und darüber hinaus.

42 Wir fordern eine anti-ableistische Innen- und Außenpolitik. Für humanitäre Krisen muss die
43 Umsetzung bestehender Leitlinien auf EU- und UN-Ebene, die die Rechte und Bedürfnisse von
44 Menschen mit Behinderungen bereits berücksichtigen, gewährleistet sein. Die EU muss in der
45 nächsten Legislaturperiode ein Konzept erstellen, und den Mitgliedsstaaten vorlegen, das Menschen
46 mit Behinderung vor Misshandlung und jeglicher Form von Gewalt in Betreuungssituationen schützt.
47 Wir solidarisieren uns mit den Aktivist*innen, die sich für die Gleichberechtigung, die
48 Gleichstellung und den Schutz von Menschen mit Behinderung einsetzen. Menschen mit
49 Behinderungen sind in Katastrophensituationen auf besonderen Schutz angewiesen. Wir fordern
50 deshalb, dass bei Schutz- und Krisenkonzepten Menschen mit Behinderungen explizit berücksichtigt
51 werden und auch Vorsorgemechanismen auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen
52 ausgelegt sind.

A02 – Vollständige Solidarität in der Sozialversicherung

Antragsteller*in	Jusos Region Hannover
Sachgebiet	A – Arbeit und Soziales

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

1 Krankenversicherung zu einem großen Teil unsolidarisch, Leistungen werden ungerecht
2 verteilt und Privatpatienten sind meist (sogar zu ihrem eigenen Nachteil) übertensorgt.
3 Eine gerechte und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung der Bürger funktioniert nur
4 nach einem Konzept ähnlich zur Bürgerversicherung. Damit dieser Antrag aufgrund der
5 bisher vorhandenen Wahlmöglichkeit einer privaten Krankenversicherung nicht
6 untergraben werden kann, muss dies zunächst keine Option mehr sein.

7 Denn aktuell sind die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung für das Jahr 2024
8 ab einem jährlichen Einkommen von 62.100 € und für die Renten- und
9 Arbeitslosenversicherung ab einem jährlichen Einkommen von 90.600 €, bzw. 89.400 €
10 maximal und jegliches Einkommen darüber ist von diesen Beiträgen befreit.
11 Interessanterweise führt das dazu, dass die gesamte Abgabenlast mit darübersteigendem
12 Einkommen nur noch ganz langsam ansteigt. So liegt die gesamte Abgabenlast für
13 Arbeitnehmende (Steuern und Sozialversicherung) bei einem jährlichen Einkommen von
14 40.000 € bei ca. 35 % und mit 70.000 € bei ca. 40 %. Mit einem Einkommen von 100.000 €
15 liegt diese nur unwesentlich höher bei 42 % und mit 150.000 € bei 43 %. Selbst durch die
16 sogenannte Reichensteuer bei sehr hohen Einkommen steigt die Abgabenlast nicht mehr
17 wirklich. Insgesamt muss also die ganze Entwicklung insbesondere für mittlere
18 Einkommen angepasst werden, weil hier die Abgabenlast so schnell ansteigt, dass anteilig
19 weniger vom Mehrverdienst übrigbleibt als bei hohen Einkommen.

20 Mit einer Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung und
21 Rentenversicherung könnten die Beiträge und die Abgabenlast grundsätzlich sinken,
22 zumal es auch denkbar wäre weitere Einkünfte, z.B. aus Vermögen als Einkommen
23 anzusehen und unter Berücksichtigung zusätzlicher Freibeträge zu besteuern, sodass die
24 Abgaben auf Einkommen aus Arbeit grundsätzlich deutlich niedriger ausfallen können.
25 Denn wenn sich da in den nächsten Jahren wenig tut, kann es sein, dass in eine Situation
26 gesteuert wird, in der es für viele kaum einen Unterschied im tatsächlich verfügbaren
27 Einkommen bedeutet, ob man mit einem mittleren Einkommen z.B. 100 % oder nur 75 %
28 arbeitet.

29 - Daher fordern wir ein Aufheben der Beitragsbemessungsgrenzen mit
30 gleichzeitiger Verringerung der prozentualen Sätze, sodass sich für alle Einkommen bis
31 zum jährlich sechststelligen Bereich eine schwächer werdende Entlastung ergibt. Dafür
32 muss im Fall der Krankenversicherung das Konzept der Bürgerversicherung eingeführt
33 werden und die Wahlmöglichkeit einer privaten Krankenversicherung abgeschafft werden
34 (zusätzliche Leistungsbausteine als Zusatzversicherung sind natürlich weiterhin möglich).

- 35 Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Verteilung der Abgabenlast und der Anstieg
36 dieser zur Verteilung der Einkommen passt und sich insbesondere für niedrige und
37 mittlere Einkommen Mehreinkünfte wirklich lohnen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A03 – Erhöhung des Mindestlohns auf 15€

Antragsteller*in	Jusos Celle
Sachgebiet	A – Arbeit und Soziales

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen, dass die SPD sich für eine Erhöhung des
- 2 Mindestlohns auf 15€ einsetzen soll.

Begründung: Der Mindestlohn dient dazu, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen und ein existenzsicherndes Einkommen zu gewährleisten. Die aktuelle Höhe des Mindestlohns von X Euro pro Stunde reicht jedoch oft nicht aus, um den Lebensunterhalt angemessen zu decken, insbesondere angesichts steigender Mieten und Lebenshaltungskosten. Daher fordern wir, dass der Mindestlohn auf 15€ pro Stunde erhöht wird. Diese Erhöhung würde nicht nur das Einkommen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern, sondern auch die Kaufkraft stärken und die soziale Ungleichheit verringern. Zudem würde sie dazu beitragen, die Würde der Arbeit zu wahren und den Respekt vor der Leistung jedes Einzelnen zu fördern. Die SPD als sozialdemokratische Partei sollte sich konsequent für eine gerechte Entlohnung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und den Mindestlohn auf ein Niveau anheben, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Hinweis: Die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde wird von verschiedenen Gewerkschaften, sozialen Organisationen und politischen Gruppen unterstützt und findet breite Zustimmung in der Bevölkerung.

A04 – Bezahlkarte Asylsuchende

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	A – Arbeit und Soziales

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die vom Bundeskabinett beschlossene Bezahlkarte für Asylsuchende
- 2 diskriminierungsfrei zu gestalten ist. Es darf keine regionale Einschränkung,
- 3 Einschränkung der Geschäfte oder Einschränkung von Bargeldauszahlungen für die
- 4 Asylsuchenden geben. Asylsuchende sind bei der Eröffnung eines eigenen Girokontos zu
- 5 unterstützen und bei Besitz eines Girokontos die Leistungen auf jenes Konto zu
- 6 überweisen.

Begründung:

Als Grund für die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende als Leistungsform in das Asylbewerberleistungsgesetz nennt die Bundesregierung, dass Asylsuchende nicht die Möglich haben sollen, erhaltene Gelder in das eigene Herkunftsland zu überweisen und Schlepper zu bezahlen. Dies unterstellt Asylbewerbern, dass jene Gelder im aktuellen Zustand vermehrt für Überweisungen ins Herkunftsland und Schlepper verwendet wurden. "Die Idee, von den geringen Asylbewerberleistungen könnte noch Geld in die Herkunftsländer geschickt werden, ist völlig realitätsfern.", bewertet der Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. die Unterstellungen. Für die Höhe der Zahlungen durch Gelder der Sozialleistungen gibt es keine konkreten Zahlen, sondern nur sehr unsichere Schätzungen. Die teilweise vorgeschlagenen Einschränkungen, wie z. B. in Bayern ("Es gibt kein Onlineshopping, es gibt kein Glücksspiel, und es gibt vor allem keine Überweisungen ins Ausland oder an Dritte") schränkt die Freiheit und Selbstbestimmung der Asylsuchenden stark in ihrem Alltag ein. Überweisungen oder Online-Käufe wären nicht möglich. Viele Asylbewerber*innen könnten unter anderem die Rechnungen ihrer Anwalt*innen nicht mehr begleichen, da „nicht alle Anwalt*innen [...] über ein Debitkartenterminal“ verfügen. "Dass die Geflüchteten jeden Monat zur Abbuchung oder zur Barzahlung zu ihrem Rechtsbeistand reisen, ist aufwendig und kostet wiederum Geld Bezahlkarten Asylsuchende Eine Einschränkung der Bargeldauszahlung würde den Asylsuchenden weiter ihre Selbstbestimmung nehmen. Auch heute ist es in vielen Einrichtungen immer noch nicht möglich, mit der Karte zu zahlen. Das gilt in der Regel auch für das Essen in der Schulmensa. Eine regionale Beschränkung wäre ebenfalls eine Einschränkung der Selbstbestimmung und Freiheit der Asylsuchenden. „Wer Verwandte oder Freund*innen besucht oder einen weiter entfernten Facharzt oder eine Beratungsstelle aufsuchen möchte, kann in ernste Schwierigkeiten geraten, wenn er*sie nicht einmal eine Flasche Wasser kaufen kann. “

Ein weiteres Argument der Bundesregierung ist, dass sich der Verwaltungsaufwand für Städte und Gemeinden verringert, da die aufwendige Bargeldauszahlung an die

Asylsuchenden überfällig wird. Bezahlkarten können für die Asylsuchenden eine gute Übergangsmaßnahme sein, bis diese ein eigenes Girokonto besitzen. Es ist anzumerken, dass es sich bei Asylsuchenden um die Schwächsten der Schwachen in unserer Gesellschaft handelt, auf dessen Seite die Jusos und SPD immer stehen sollten. Eine mit Einschränkungen belegte Bezahlkarte für Asylsuchende löst keine größeren strukturellen Probleme, sondern ist Teil zahlreicher Maßnahmen und einer politischen Debatte, die Asylsuchende in ihrer Freiheit und Selbstbestimmung einschränken wollen.

A05 – Handwerk

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	A – Arbeit und Soziales

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung des Handwerks sollten folgende
- 2 Schritte ergriffen werden:
- 3 1. Werbekampagnen durchführen, um die Wichtigkeit des Handwerks zu betonen. Hierbei
- 4 sollten verschiedene soziale Medien, Werbemedien und öffentliche Veranstaltungen
- 5 genutzt werden, um zu zeigen, was es bedeutet, handwerkliche Arbeit zu leisten.
- 6 2. Das Handwerk bereits in Schulen als gleichwertige Alternative zum Studium darstellen,
- 7 indem die komplexen und interessanten Zusammenhänge des Handwerks vermittelt
- 8 werden.
- 9 3. Handwerksbetriebe für Besucher öffnen, um nach außen zu zeigen, welche wertvolle
- 10 Arbeit sie leisten.
- 11 4. Die Wertigkeit handwerklich gefertigter Produkte hervorheben, insbesondere im
- 12 Kontext von Nachhaltigkeitsfragen.
- 13 5. Die Ausbildung im Handwerk betonen und gute Handwerker*innen dabei unterstützen,
- 14 den Ausbenderschein zu erlangen. Ausbildung sollte als Fachkraftausbildung definiert
- 15 werden, die es jungen Menschen ermöglicht, vorurteilsfrei eine Ausbildung zu
- 16 durchlaufen und die Vielfalt und Gedankenwelt des Handwerks zu verstehen.
- 17 6. Die öffentliche Auszeichnung von Menschen, die in handwerklicher Arbeit
- 18 herausragende Leistungen erbracht haben.
- 19 7. Die Einbindung handwerklicher Verfahren und Arbeitsweisen in die Planung und
- 20 Entwicklung von Städten, z.B. durch öffentliche Kunstwerke oder klassische
- 21 handwerkliche Lösungen.
- 22 8. Die Unterstützung des Handwerks durch steuerliche Vorteile für betriebliche
- 23 Ausbildungsaktivitäten und zusätzliche Abgaben für Betriebe, die 4 Jahre nicht ausbilden.
- 24 Außerdem sollten besonders gute Konditionen für Investitionskredite für kleine Betriebe
- 25 über Förderbanken geschaffen werden, wobei bei der Kreditvergabe auf Nachhaltigkeit,
- 26 ethische Standards und gute Arbeitsbedingungen geachtet werden sollte.
- 27 Die Stärkung des Handwerks ist gleichzeitig eine Stärkung der regionalen Wirtschaft.
- 28 Kreislaufwirtschaften werden aufgebaut und eine gute und resiliente Entwicklung der
- 29 Unternehmen wird gefördert. Handwerksbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur
- 30 Gesellschaft, besonders wenn es um individuelle Lösungen bei Problemen geht.

Begründung:

Das Handwerk ist von großer Bedeutung, und es ist noch wichtiger, dass junge Menschen weiterhin darin ausgebildet werden. Die Fähigkeiten, die im Handwerk vermittelt werden, sind für jede Gesellschaft von unschätzbarem Wert, da sie zeigen, wie man Probleme löst, für die es keine Standardlösungen gibt. Es ist daher wichtig, die Außenwirkung und die Attraktivität handwerklicher Ausbildungen zu verbessern.

A06– Altersversorgung für Selbstständige

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	A – Arbeit und Soziales

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass Selbstständige 10% ihres Gewinns
- 2 vor Steuer auf ihre Altersversorgung zurücklegen.

Begründung:

Selbstständige, die keine Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder einem berufsständischen Versorgungswerk erwarten können, laufen besonders stark Gefahr von Altersarmut betroffen zu sein. Laut dem Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 2020 erhielten die insgesamt 1,9 Millionen Selbstständigen ab 65 Jahren eine Durchschnittsrente von 1591 €.

Entscheidend ist, dass es eine Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher Rente, berufsständischem Versorgungswerk und privater Vorsorge geben soll. Selbstständige, die bereits Beiträge in die gesetzliche Rente oder Versorgungswerke zahlen, sollen nur noch zwei Prozent des Gewinns vor Steuern zahlen müssen.

Möchte ein Selbstständiger nur privat vorsorgen, so gilt als Bemessungsgrenze zehn Prozent seines Gewinns vor Steuer bis zum Höchstsatz von 24.000 € monatlich. Anerkannte Altersvorsorge müssen staatlich gefördert sein.

B – Bildung

B01 – Ruheräume am Schulen!

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	B - Bildung

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern, dass zukünftig zu errichtende Schulgebäude einer weiterführenden Schule
- 2 einen Ruheraum für die Schüler*innen besitzen müssen. Bestehende weiterführende
- 3 Schulen sollen die Möglichkeit der Einführung eines Ruheraums überprüfen und bei
- 4 Möglichkeit einführen.

Begründung:

"Das Aufwachsen in krisenhaften Zeiten und unsichere Zukunftsaussichten setzen viele junge Menschen unter enormen Stress. Zahlreiche Studien belegen, dass psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren enorm zugenommen haben.", so die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus. Der Schulalltag vieler Schülerinnen ist laut und chaotisch. Viele Schülerinnen belasten leichte oder schwerwiegende Probleme, wie eine Scheidung der Eltern, eine Trennung, Mobbing, familiäre Krisen, Leistungsdruck, allgemeiner Schulstress oder Ähnliches. Die Ruheräume sollen dabei ein Ort zum Verarbeiten und Entspannen für die Schülerinnen sein und damit einen Ausgleich zum Schulalltag herstellen. Wir glauben, dass Ruheräume einen positiven Effekt auf die psychische Gesundheit der Schülerinnen haben werden. Sie können z. B. genutzt werden zum Meditieren, Beten, Lesen, Entspannen oder vieles Weiteres.

B02 – Dgti-Ergänzungsausweis an allen Hochschulen – Für bessere Anerkennung von trans* und nicht binären Identitäten!

Antragsteller*in	Jusos Lüneburg
Sachgebiet	B - Bildung

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Aktuell haben die Hochschulen und Universitäten in Deutschland die
- 2 Entscheidungsmacht darüber, ob sie für interne Prozesse die Nutzung des dgti-
- 3 Ergänzungsausweises von Studierenden zulassen. Dessen Nutzung ist aber ein
- 4 grundlegender Bestandteil für jegliche Bemühungen zur Förderung von trans* und nicht-
- 5 binären Studierenden und ein wichtiger Schritt zur Gleichbehandlung von allen
- 6 Studierenden. Wir fordern deshalb eine bundesweite Anerkennung des
- 7 Ergänzungsausweises anstelle des Personalausweises an allen Hochschulen. Alle
- 8 Verwaltungen der Universitäten sollen über den Ergänzungsausweis aufgeklärt und die
- 9 Informationen über die Nutzung auch den Studierenden zur Verfügung gestellt werden.
- 10 Die Jusos im Bezirk Hannover sollen sich auf Bundesebene der Jusos und auf Ebene der
- 11 SPD dafür einsetzen, dass eine entsprechende Beschlusslage erarbeitet wird.

Begründung:

Die Leuphana Universität Lüneburg lässt sich als Positivbeispiel für die Nutzung des dgti-Ergänzungsausweises bei Prozessen wie der Immatrikulation und der Ausstellung des Semestertickets nennen. Eine solche reibungslose Nutzung lässt sich mit Sicherheit auch an anderen Hochschulen umsetzen und soll von Seiten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung an die Hochschulen herangetragen werden.

B03 – Drogenprävention an Schulen

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	B - Bildung

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass der niedersächsische Landtag ein
- 2 fortgeschrittenes Konzept zur Prävention von Drogenkonsum erarbeitet, welches ab der
- 3 5. Klassenstufe greifen soll und insbesondere die Folgen von Cannabiskonsum
- 4 thematisiert.

Begründung:

Die Legalisierung von Cannabis ist nun endlich im Bundestag beschlossen worden und jetzt im Bundesrat nur noch Formsache. Der Kampf für die Legalisierung ist jetzt aber noch nicht vorbei, denn damit diese funktioniert, braucht es weitere Maßnahmen. Dazu gehört eine ausführliche und aufklärende Drogenprävention an allen weiterführenden Schulen, die Drogenkonsum nicht nur stumpf verurteilt, sondern aufklärt und Schüler*innen den Konsum von jeglichen Drogen hinterfragen lässt. Jugendliche müssen sich schon früh mit dem Thema Drogen und vor allem den Gefahren dieser beschäftigen, um vor Ihnen geschützt zu werden. Dies ist insbesondere notwendig, weil der Konsum von Cannabis in jungen Jahren irreversible Schäden im Gehirn verursachen kann und die Gefahr von psychischen Beschwerden wie Psychosen massiv zunimmt. Vor allem junge Menschen, die sich Informationen oft noch nicht unabhängig zuziehen können, müssen aufgeklärt werden, da oft in der Schule der erste Kontakt zu Drogen stattfindet. Gerade auch um Kritiker*innen der Legalisierung den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist eine rationale und vorurteilsfreie Prävention an den niedersächsischen Schulen notwendig.

D – Digitales und Medien

D01 – Aufklärungsunterricht Datenschutz und Social-media Kompetenz

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	D – Digitales und Medien

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass ein Aufklärungsunterricht mit
- 2 dem Schwerpunkt Datenschutz und Social-Media Kompetenzen in das Curriculum der
- 3 Grundschule integriert wird.

Begründung:

Wir leben in einer digitalen und global verknüpften Welt, in der Informationen über das Internet innerhalb von wenigen Sekunden ausgetauscht werden. Trotz dieser Alltäglichkeit wissen die Wenigsten, dass Daten, die einmal ins Internet gegeben wurden, nicht mehr

zurückzunehmen sind. Kaum eine Person, die nicht Interesse an der Materie hat oder in einem entsprechenden Berufszweig arbeitet, kennt die Risiken, die mit der Veröffentlichung von Informationen einhergehen. Dieses Nichtwissen ist insbesondere angesichts steigender Mediennutzung und früherer Mediensozialisation gefährlich - die Schule sollte als Schutz- und Lernraum der geeignete Raum sein, diesen Missstand zu beheben. Grundsätzlich sollte der Aufklärungsunterricht in didaktisch richtiger und dem Lernstand der Kinder angepassten Rahmen stattfinden. Eine bereits in der Grundschule aufgebaute Kompetenz könnte einige Fehlentwicklungen auf Social-Media abschwächen und würde sich vor allem positiv auf den Datenschutz von Jugendlichen auswirken.

E – Europa, Internationales und Intergalaktisches

E01 – Das „Versöhnungsabkommen“ zwischen Deutschland und Namibia muss neu verhandelt werden!

Antragsteller*in	Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Sachgebiet	E – Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover beschließen, dass sich die Jusos auf allen Ebenen dafür
- 2 einsetzen, dass die gemeinsame Erklärung „Vereint im Gedenken an unsere koloniale
- 3 Vergangenheit, vereint im Willen zur Versöhnung, vereint in unserer Vision für die
- 4 Zukunft“ zwischen Namibia und Deutschland unter Beteiligung der betroffenen
- 5 Bevölkerungsgruppen neu verhandelt wird. Darüber hinaus setzt sie sich für
- 6 Verhandlungen über Reparationszahlungen an die Betroffenen ein.

Begründung:

Von 1884 bis 1918 beanspruchte Deutschland das heutige Namibia als Kolonie. Im sogenannten Deutsch-Südwestafrika raubten die Deutschen der einheimischen Bevölkerung Land und Vieh. Zwischen 1904 und 1908 verübten die Deutschen einen Völkermord an den Ovaherero und Nama. Die Menschen wurden zusammengetrieben, vergewaltigt, versklavt, ermordet oder in Konzentrationslager verschleppt, wo viele an Hunger, Kälte und Zwangsarbeit starben. Schätzungen zufolge wurden 80 Prozent der Ovaherero und 50 Prozent der Nama getötet. Gleichzeitig förderte der Kolonialstaat - anders als in anderen deutschen Kolonien - die Ansiedlung weißer Deutscher. Diese koloniale Landnahme wirkt bis heute fort: Rund 70 Prozent des privaten Landes in Namibia gehört einer Minderheit: den Nachfahren weißer Europäer*innen. Viele der Nachkommen der Überlebenden von Völkermord und Kolonialverbrechen leben in Armut.

Von 2015 bis 2021 verhandeln die Regierungen Deutschlands und Namibias über ein Versöhnungsabkommen, das die dunkle Vergangenheit der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia anerkennen und versöhnen soll. Das Abkommen besteht aus mehreren Elementen. Zum einen sieht es eine offizielle Entschuldigung Deutschlands für die Verbrechen und das Leid während der Kolonialherrschaft vor. Deutschland bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung für die Gräueltaten und drückt sein tiefes Bedauern aus. Darüber hinaus wird Deutschland finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für Entwicklungs- und Wiederaufbauprojekte in den vom Völkermord

betroffenen Gemeinden in Namibia bereitstellen. Dieser Fonds soll dazu beitragen, die soziale und wirtschaftliche Situation der Nachkommen der Opfer zu verbessern.

Die von den deutschen Kolonialverbrechen am stärksten betroffenen Volksgruppen, die Ovaherero und Nama, waren jedoch nie an den Verhandlungen beteiligt und erhielten erst den endgültigen Vertragstext. Der Ausschluss der Ovaherero und Nama als Verhandlungspartner widerspricht nicht nur dem Völkerrecht, sondern auch einer Resolution des namibischen Parlaments aus dem Jahr 2006, die vorsieht, Verhandlungen zwischen den betroffenen Gemeinschaften und Deutschland zu ermöglichen, mit dem Ziel, eine „vollständige Entschädigung im Sinne des Völkerrechts“ auszuhandeln. Dazu müsste Deutschland den Völkermord an den Ovaherero und Nama nicht nur historisch, sondern auch rechtlich anerkennen.

Diese Unterscheidung zwischen historischer und rechtlicher Anerkennung ist ein zentraler Kritikpunkt an der deutschen Haltung. Die historische Anerkennung bedeutet, dass Deutschland die Verbrechen anerkennt und sein Bedauern ausdrückt, ohne jedoch rechtliche Verpflichtungen einzugehen. Die rechtliche Anerkennung des Völkermordes würde Deutschland hingegen verpflichten, die Verantwortung für die begangenen Verbrechen anzuerkennen und angemessene Maßnahmen zur Wiedergutmachung zu ergreifen.

Die Bundesregierung argumentiert, dass die Herero und Nama nach dem Kriegsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht keinen völkervertraglichen Schutz genießen konnten, weil sie zu den sogenannten "unzivilisierten Völkern" gehörten. Mit dieser Interpretation reproduziert sie den Rassismus, der den Kolonialismus erst möglich gemacht hat. Demnach wäre die Ermordung der Ovaherero und Nama nach europäischem Kolonialrecht - und das wird hier angewendet - keine Rechtsverletzung gewesen.

Nicht nur in Namibia gibt es massive Kritik an dem Abkommen, auch UN-Sonderberichterstatter haben sich kritisch zu dem geplanten Abkommen zwischen Namibia und Deutschland geäußert. Wenn Deutschland das Unrecht seiner kolonialen Vergangenheit wirklich wiedergutmachen will, kann dies nur gelingen, wenn die Betroffenen und ihre Stimmen in den Mittelpunkt des Prozesses gestellt werden. Deshalb muss das Abkommen neu verhandelt werden!

F – Feminismus, Gleichstellung und Gender

F01 – Gleiche Chancen für gleiche Arbeit - Gleichstellung von FINTA*s in der Arbeitswelt

Antragsteller*in	Jusos Schaumburg
Sachgebiet	F – Feminismus, Gleichstellung und Gender

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Viele Frauen* verfolgen berufliche Ziele nur, solange sie (noch) keine Mutter* sind. Sobald
- 2 eine Frau* eine Mutter* wird, ändert sich ihr Leben - und damit auch ihr Berufsleben.
- 3 Seit dem 19. Jahrhundert steckt unsere Gesellschaft Mütter* in eine Rolle, in der sie die
- 4 Care-Arbeit zu übernehmen haben. Es sind überwiegend Frauen*, die ihren Beruf
- 5 aufgeben, um die Kinderbetreuung zu übernehmen oder in Teilzeit gehen, um sich am
- 6 Nachmittag um die Kinder zu kümmern.
- 7 Dadurch ist die Anzahl von Frauen* in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und in
- 8 Unternehmen immer noch gering. So gab es 2023 mehr Vorstandsmitglieder mit dem
- 9 Namen Christian als weibliche CEOs.
- 10 Viele Frauen*, die akademisch gebildet sind oder ein Studium abgeschlossen haben,
- 11 wollen später in einer gehobenen Position arbeiten. Dabei müssen sie sich jedoch oft
- 12 zwischen Kind und Karriere entscheiden. Männer müssen sich wegen ihres biologischen
- 13 Geschlechts nicht mit diesem Problem auseinandersetzen.
- 14 Aufgrund gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Voraussetzungen entscheiden sich
- 15 Familien oft dazu, dass die Mutter* ihren Beruf in den Hintergrund stellt. Nicht selten birgt
- 16 diese Situation ein Konfliktpotenzial zwischen den Eltern.
- 17 Außerdem sind FINTA*-Personen nicht nur seltener in Führungspositionen vertreten, weil
- 18 sie Care Arbeit übernehmen, sondern schlichtweg weil sie FINTA*s sind. Hier sind
- 19 Maßnahmen erforderlich, damit Personalentscheidungen unabhängig vom Geschlecht
- 20 einer Person getroffen werden.
- 21 FINTA*-Personen müssen dabei unterstützt und empowert werden, ihre berufliche
- 22 Tätigkeit in der Form auszuüben, die sie sich persönlich wünschen. Nur ein „Girls Day“ ist
- 23 nicht ausreichend, um die Defizite in der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern
- 24 zu beseitigen.
- 25
- 26 Deshalb fordern die Jusos im Bezirk Hannover:

- 27 • flexible Arbeitsbedingungen für FINTA*-Personen
- 28 • mehr Erleichterungen für FINTA*s in Führungspositionen, um die Verbindung
29 zwischen Familie und Arbeit zu erleichtern
- 30 • geeignete Voraussetzungen dafür, dass die Care-Arbeit zwischen den Elternteilen
31 gerecht verteilt werden kann
- 32 • gezieltes Empowerment für FINTA*-Personen im beruflichen Kontext
- 33 • gerechtere Chancen auf Beförderungen für FINTA*-Personen

F02 – FINTA*-Vernetzung bei den Jusos ausbauen – dauerhafte Strukturen schaffen!

Antragsteller*in	Jusos Lüneburg
Sachgebiet	F – Feminismus, Gleichstellung und Gender

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern die Einrichtung einer formalisierten FINTA*-Vernetzung auf Juso-
- 2 Bundesebene. Diese soll über Genderplena bei Bundesveranstaltungen hinausgehen und
- 3 sich in ihrer Struktur an den SPD Frauen (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer
- 4 Frauen) der SPD orientieren. Diese Gruppe soll sich an alle FINTA*-Personen innerhalb
- 5 des Verbandes widmen und in die Strukturen der Jusos eingegliedert sein. Es soll eine
- 6 Form von regelmäßigen Treffen zur kontinuierlichen Arbeit eingerichtet werden. Alle
- 7 FINTA*-Personen in der SPD und auch bei den Jusos wissen, wie ermüdend es sein kann,
- 8 gegen die patriarchalen Strukturen nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern auch in
- 9 unserer Partei und unserem Verband anzukämpfen. Die meisten wissen aber auch, wie
- 10 viel leichter sich dieser Kampf kämpfen lässt, wenn man damit nicht alleine gelassen wird.
- 11 So wichtig Allyship von männlichen Genoss*innen auch ist, so essentiell ist trotzdem auch
- 12 der Austausch unter denjenigen, die von der Benachteiligung und Diskriminierung
- 13 betroffen sind. Es soll ein dauerhafter Rahmen geschaffen werden, um sich einerseits
- 14 über Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Strategien zum Umgang mit Sexismus
- 15 zu finden. Andererseits sollen in der Gruppe politische Forderungen zu Themen im
- 16 Bereich Feminismus behandelt und Forderungen erarbeitet werden. Die Gruppe soll also
- 17 antragsberechtigt innerhalb der Jusos sein. Ein möglicher Name könnte
- 18 „Arbeitsgemeinschaft Jungsozialistischer FINTA*-Personen“ sein, wobei die genaue
- 19 Bezeichnung des Organs auf Bundesebene festgelegt werden soll.

Begründung:

Die SPD-Frauen bieten ein gutes Vorbild für eine partei- bzw. verbandsinterne Vernetzung und Interessenvertretung. Da aber ja nicht alle Jusos auch (aktive) SPD-Mitglieder sind und vor allem, da die SPD-Frauen nur (cis) Frauen und keine TINA*-Personen repräsentieren, braucht es definitiv ein Format auf Juso-Ebene. Zwar entspricht es natürlich unserem Verständnis vom Feminismus der Jusos, dass sich solidarische Männer für feministische Politik einsetzen. Zugleich können aber machtvoll Forderungen aus dem Austausch von Betroffenen entstehen und Vernetzungsformate haben darüber hinaus auch anderen Empowerment-Wert.

F03 – JA heißt JA, auch in Deutschland!

Antragsteller*in	Jusos Lüneburg
Sachgebiet	F – Feminismus, Gleichstellung und Gender

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern, dass der Straftatbestand der Vergewaltigung gemäß §177 StGB
2 umgeschrieben wird zum „Ja heißt Ja“ Prinzip, wie es derartig beispielsweise in Schweden
3 oder in Spanien existiert, was bedeutet, dass nicht mehr das Äußern eines
4 gegensätzlichen Willens, sondern ein fehlendes Äußern des einvernehmlichen Willens,
5 also eine fehlende Zustimmung maßgeblich ist für die Einstufung einer sexuellen
6 Handlung als Vergewaltigung.
- 7 Außerdem fordern wir, dass sich Deutschland dafür einsetzt auf EU-Ebene den
8 Tatbestand der Vergewaltigung dahingehend zu vereinheitlichen.
- 9 Anfang Februar beschloss die EU eine Richtlinie mit dem Ziel Fintas* besser zu schützen
10 vor sexuellen Übergriffen. Dadurch wurden beispielsweise Cyber-Stalking,
11 Genitalverstümmelung und Zwangsheirat in der gesamten EU unter Strafe gestellt. Nur,
12 der Passus zur Vereinheitlichung des Tatbestandes der Vergewaltigung wurde, nachdem
13 es in einem Entwurf schon drinnen stand, aufgrund von Einwänden unter anderem aus
14 Deutschland, gestrichen.
- 15 Das Argument, die EU würde durch diese Regelung ihre Kompetenzen überschreiten ist
16 jedoch nicht überzeugend. Grundsätzlich kann die EU sehr wohl im Bereich des
17 Strafrechts aktiv werden. Ob eine einheitliche Regelung innerhalb der EU bezüglich der
18 Vergewaltigung aufgrund Art. 83 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der
19 europäischen Union (AUEV) die Kompetenzen der EU überschreitet ist umstritten und
20 meines Erachtens nicht verständlich. Die körperliche Unversehrtheit, der Schutz vor
21 sexualisierter Gewalt, dabei geht es um Menschenrechte die überall gleichermaßen
22 gelten sollten. Im Urlaub sollte man sich zumindest innerhalb der Union keine Sorgen
23 machen müssen aufgrund unterschiedlicher Regelungen weniger geschützt zu sein.
- 24 Unabhängig davon kann zumindest in Deutschland das Strafgesetz dahingehend
25 reformiert werden. Nur jedes 10te Opfer von Vergewaltigung oder sexueller Nötigung
26 zeigt die Tat an. Es gibt eine große Stigmatisierung, das nach den Vorwürfen von Shelby
27 Lynn an Ramstein-Frontsänger Till Lindemann vehement ihre Glaubwürdigkeit in Frage
28 gestellt wurde und mit dem Vorwand des Prinzips der Unschuld bis zum Beweis der
29 Schuld der Opferschutz vollkommen negiert wurde, ist tatsächlich keine große
30 Überraschung gewesen, sondern nur ein prominentes Beispiel von vielen, wie auf Opfern
31 Druck ausgeübt wird um sie vom Anzeigen abzuhalten. Eine Reformation des
32 Strafgesetzes kann dies ändern, indem durch das „JA heißt JA“ Prinzip die (fehlende)

- 33 Zustimmung des mutmaßlichen Opfers in den Vordergrund rückt, was die Beweislast
- 34 zugunsten des mutmaßlichen Opfers umkehrt.

F04 – Feministische Mobilitätskonzepte umsetzen!

Antragsteller*in	Jusos Lüneburg
Sachgebiet	F – Feminismus, Gleichstellung und Gender

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Der Verkehrs- und Mobilitätsplanungssektor ist weiterhin sehr männlich geprägt, sei es in
- 2 Deutschland oder weltweit. Neueste Zahlen von 2023 zeigen, dass nur 34.9% der
- 3 Stadtplaner*innen sich als weiblich identifizieren. Dadurch entstehen große Lücken, bis
- 4 hin zu gender-blinden Planungsprozessen, die messbare Gesundheitsrisiken mit sich
- 5 bringen. Genderaspekte werden im Zusammenhang von Mobilität und Stadtplanung
- 6 bereits seit den 1970er Jahren erforscht, allerdings besteht eine große Umsetzungslücke
- 7 in der Praxis.
- 8 Bedürfnisse von Care-Arbeit Leistenden sollen mitgedacht werden, es darf keine
- 9 langen Wartezeiten geben, dafür aber Sitzmöglichkeiten und Beschattung an Haltestellen.
- 10 Des Weiteren braucht es einsehbare und beleuchtete Fahrrad- oder Gehwege, eine
- 11 umfassende Barrierefreiheit, sowie die Taktung von ÖPNV-Angeboten auch mittags und
- 12 nicht nur zu den Stoßzeiten einer in Vollzeit arbeitenden Person.
- 13 Wir fordern, dass die SPD sich endlich für feministische Mobilitätskonzepte einsetzt und
- 14 diese konsequent umsetzt - auf allen Ebenen! Sei es bei der kommunalen Raum- und
- 15 Mobilitätsplanung, oder bei großen Bundesprojekten - wir brauchen eine feministische
- 16 Mobilitätswende!

G – Gesundheit und Körperpolitik

G01 – Mehr Aufmerksamkeit für Gewalt in der Geburtshilfe

Antragsteller*in	Jusos Schaumburg
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die deutsche Gesundheitspolitik ist nach wie vor stark durch das Patriarchat geprägt. Die
2 gesundheitliche Versorgung von FINTA*-Personen weist große Lücken und
3 Schwachstellen auf, die in der Öffentlichkeit leider nicht sichtbar sind. So werden in Erste
4 Hilfe Kursen Symptome für einen Herzinfarkt aufgezeigt, die hauptsächlich bei Männern
5 auftreten, während sich die Symptome des weiblichen Körpers vollkommen
6 unterscheiden können. Hinzu kommen Krankheiten wie Endometriose, von denen eine
7 Vielzahl an FINTA*s betroffen sind, ohne dass ihnen eine Diagnose gestellt werden kann,
8 da die Forschungslage und der Kenntnisstand der Gynäkolog*innen zu Endometriose
9 nicht ausreichend sind. Mit einem Antrag auf dem letzten Bundeskongress 2023 haben
10 wir Jusos bereits umfangreiche und konkrete Forderungen gestellt.
- 11 Ein wichtiges Thema, dem bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist die Gewalt in
12 der Geburtshilfe. Gebärende erfahren häufig auf verschiedenste Arten Gewalt im
13 Kreißsaal. Die Erfahrungen reichen von nicht gewollten medizinischen Maßnahmen über
14 das Verweigern von Schmerzmittelgabe bis hin zu respektlosem und erniedrigendem
15 Umgang mit den Betroffenen.
- 16 Am 25. November legen seit 2011 weltweit Frauen* Rosen vor Kreißsälen nieder, in denen
17 sie während einer Geburt Gewalt erfahren haben. Anschließend teilen sie Bilder davon im
18 Internet. Damit möchten die Betroffenen auf ihre Erfahrungen aufmerksam machen und
19 anderen Betroffenen zeigen, dass sie nicht allein mit ihren Erfahrungen sind. Initiativen,
20 Vereine und Organisationen setzen sich seit einigen Jahren vermehrt für eine gewaltfreie,
21 sichere Geburtshilfe ein und tragen das Thema ins öffentliche Bewusstsein. Politische
22 Bestrebungen blieben bislang leider ohne Erfolg, weil sie auf Ignoranz und Gleichgültigkeit
23 stoßen.
- 24 Es gestaltet sich schwierig, das Problem durch Vorschriften und Kontrollmechanismen zu
25 bekämpfen. Zum einen liegen die Ursachen in strukturellen Problemen der Geburtshilfe,
26 wie Personalmangel und Überlastung. Zum anderen könnten viele Gewalterfahrungen
27 durch persönliche Reflektion, Selbstkritik und Verantwortung der Fachkräfte vermieden
28 werden. Zu oft nutzen diese ein Machtgefälle zwischen Personal und Patient*in aus und
29 demütigen dadurch die Patient*innen, teilweise bereits während der Schwangerschaft
30 und bei der Geburtsvorbereitung.

- 31 Aus diesen Missständen leiten wir Jusos im Bezirk Hannover folgende notwendige
32 Forderungen ab:
- 33 Dem Thema "Gewalt in der Geburtshilfe" muss mehr öffentliche Aufmerksamkeit
34 geschenkt werden, weil das Thema zu sehr tabuisiert wird.
- 35 Es müssen Wege gefunden werden, um die Behandlung von Schwangeren und
36 Gebärenden nachweisbar gewaltfrei zu gestalten.
- 37 Die Konvention "Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher
38 Gewalt" des Europarats von 2011 muss konsequenter und kontrollierter umgesetzt
39 werden - auch in der Geburtshilfe.
- 40 Als feministischer Verband wollen und müssen wir uns solidarisch mit allen von Gewalt
41 betroffenen FINTA*-Personen zeigen.

G02 – Gesundheit ist Menschenrecht! Ein solidarisches System für alle.

Antragsteller*in	Jusos Göttingen
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 • Das Ende der Zwei-Klassen Medizin durch die Einführung einer gesetzlichen
2 Bürgerversicherung mit verpflichtender Mitgliedschaft für alle Menschen in
3 Deutschland und damit den Wegfall des Modells der privaten
4 Krankversicherung
- 5 • Die Möglichkeit der Selbstzahlung künftig nur noch für Leistungen, die nicht
6 von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden
- 7 • Die Abschaffung des Zusatzbeitrages und aller Zuzahlungen neben dem
8 regulären Versicherungsbeitrag
- 9 • Die sozialgerechte Anpassung der Beitragsstruktur
- 10 • Die Streichung der Beitragsbemessungsgrenze
- 11 • Die Streichung der Altersgrenze bei der Familienversicherung
- 12 • Den Stopp der Privatisierung im Gesundheitswesen und ihre Rückabwicklung,
13 notfalls durch Enteignung
- 14 • Die Streichung der Homöopathie aus dem Leistungsangebot der gesetzlichen
15 Krankenversicherung
- 16 • Mehr Medizinstudienplätze in allen Bundesländern
- 17 • Eine bedarfsgerechte Neuberechnung der Kassensitze für Ärzt*innen und
18 Psychotherapeut*innen
- 19 • Ein Verbot des defacto Verkaufs von Kassensitzen
- 20 • Die Priorisierung bei der Terminvergabe im Gesundheitswesen künftig nur
21 noch nach Dringlichkeits- und organisatorischen Kriterien, statt nach
22 Zahlungsart
- 23 • Die Aufnahme aller Menschen, die aktuell lediglich Gesundheitsleistungen
24 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt kriegen, in die gesetzliche
25 Krankenversicherung

Begründung:

In unserem kapitalistischen Gesundheitssystem gibt es leider immer wieder Menschen, die hinten runter fallen. Kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind oftmals stark armutsgefährdet. Als wäre das nicht schon genug, kommt hinzu, dass arme Personen eine schlechtere Gesundheits- und Daseinsvorsorge zur Verfügung haben als Menschen mit höherem Einkommen. Das kann und darf so nicht bleiben! Deswegen sind eine Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin sowie die kollektivere Finanzierung der Gesundheitsversorgung dringend notwendig.

G03 – Brust ist Brust

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern, dass sekundäre Geschlechtsmerkmale (insbesondere die weiblich gelesene
- 2 Brust) explizit von §183a StGB Erregung öffentlichen Ärgernisses ausgeschlossen werden.
- 3 Dafür fordern wir die Aufnahme nicht männlicher Personen unter §183 StGB
- 4 Exhibitionistische Handlungen.

Begründung:

Eine unterschiedliche Bewertung als sexuelle Handlung zwischen der nackten weiblich und der männlich gelesenen Brust fördert die Sexualisierung des weiblichen Körpers.

Außerdem können alle Personen, unabhängig ihres Geschlechts exhibitionistische Handlungen Vornehmen und gehören in gleicher Weise bestraft.

G04 – Aufhebung der Genehmigungspflicht zur Kostenübernahme von medizinischem Cannabis

Antragsteller*in	Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover beschließen, die Aufhebung der Genehmigungspflicht zur
- 2 Kostenübernahme von medizinischem Cannabis durch die Krankenkassen.

Begründung:

Im Rahmen des CanG und der Entkriminalisierung von Cannabis wurde Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen. Dies hat zur Folge, dass medizinisches Cannabis nicht mehr wie üblich auf einem Betäubungsmittelrezept verordnet werden muss, sondern genauso wie z.B. Ibuprofen auf einem normalen Rezept verordnet werden kann. Im Gegensatz zu Ibuprofen hingegen, muss vor der Behandlung weiterhin ein umfänglicher Antrag auf Kostenübernahme bei der zuständigen Krankenkasse gestellt werden. Dieser Antrag ist nicht nur extrem aufwändig und bürokratisch, er ist auch noch sehr schlecht bezahlt. Dies macht den Antrag bei Ärzt*innen zum Bürokratie Monster was oft dazu führt, dass sich viele Ärzt*innen gar nicht erst mit dem Thema Cannabis beschäftigen. Durch die Budgetierung von Praxen sind die hohen Kosten der Therapie ein schlecht bezahlter Budget Fresser für behandelnde Praxen. Noch immer werden 1/3 dieser Anträge dazu auch noch abgelehnt, obwohl bereits seit 2017 feststeht, dass Patient*innen in Deutschland ein Recht auf eine Behandlung mit medizinischem Cannabis haben. Es ist eindeutig geworden, dass die Krankenkassen noch immer so viele Anträge wie möglich ablehnen, oftmals ohne gesetzliche Grundlage für die Ablehnung.

Der Kostenübernahmeantrag führt indirekt dazu, dass vielen Patient*innen eine Behandlung mit medizinischem Cannabis verwehrt wird. Eine Privatbehandlung ist darüber hinaus für viele Menschen finanziell nicht zu tragen, da monatliche Kosten von mehreren Hundert Euro üblich sind. Mittlerweile ist außerdem belegt, dass medizinisches Cannabis im Rahmen einer Schmerztherapie eine wirksame Alternative zu Opiaten sein kann, welche ein sehr hohes Abhängigkeitsrisiko mit sich bringen. Die Auswirkungen einer Opiat Abhängigkeit kann man anhand der Fentanyl-Krise in Amerika gut beobachten, doch noch immer werden diese in Deutschland viel zu leichtfertig verschrieben. Es muss ein Paradigmen Wechsel im Umgang mit medizinischem Cannabis stattfinden. Ärzt*innen müssen ihre Behandlungshoheit auch bei medizinischem Cannabis zugesprochen bekommen und der Kostenübernahmeantrag muss abgeschafft werden.

G05 – Gynäkologische Gesundheit für alle – der vaginale Ultraschall muss von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden!

Antragsteller*in	Jusos Lüneburg
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern die Einrichtung einer formalisierten FINTA*-Vernetzung auf Juso-
- 2 Bundesebene. Diese soll über Genderplena bei Bundesveranstaltungen hinausgehen und
- 3 sich in ihrer Struktur an den SPD Frauen (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer
- 4 Frauen) der SPD orientieren. Diese Gruppe soll sich an alle FINTA*-Personen innerhalb
- 5 des Verbandes widmen und in die Strukturen der Jusos eingegliedert sein. Es soll eine
- 6 Form von regelmäßigen Treffen zur kontinuierlichen Arbeit eingerichtet werden. Alle
- 7 FINTA*-Personen in der SPD und auch bei den Jusos wissen, wie ermüdend es sein kann,
- 8 gegen die patriarchalen Strukturen nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern auch in
- 9 unserer Partei und unserem Verband anzukämpfen. Die meisten wissen aber auch, wie
- 10 viel leichter sich dieser Kampf kämpfen lässt, wenn man damit nicht alleine gelassen wird.
- 11 So wichtig Allyship von männlichen Genoss*innen auch ist, so essentiell ist trotzdem auch
- 12 der Austausch unter denjenigen, die von der Benachteiligung und Diskriminierung
- 13 betroffen sind. Es soll ein dauerhafter Rahmen geschaffen werden, um sich einerseits
- 14 über Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Strategien zum Umgang mit Sexismus
- 15 zu finden. Andererseits sollen in der Gruppe politische Forderungen zu Themen im
- 16 Bereich Feminismus behandelt und Forderungen erarbeitet werden. Die Gruppe soll also
- 17 antragsberechtigt innerhalb der Jusos sein. Ein möglicher Name könnte
- 18 „Arbeitsgemeinschaft Jungsozialistischer FINTA*-Personen“ sein, wobei die genaue
- 19 Bezeichnung des Organs auf Bundesebene festgelegt werden soll.

20

Begründung:

Die SPD-Frauen bieten ein gutes Vorbild für eine partei- bzw. verbandsinterne Vernetzung und Interessenvertretung. Da aber ja nicht alle Jusos auch (aktive) SPD-Mitglieder sind und vor allem, da die SPD-Frauen nur (cis) Frauen und keine TINA*-Personen repräsentieren, braucht es definitiv ein Format auf Juso-Ebene. Zwar entspricht es natürlich unserem Verständnis vom Feminismus der Jusos, dass sich solidarische Männer für feministische Politik einsetzen. Zugleich können aber machtvoll Forderungen aus dem Austausch von Betroffenen entstehen und Vernetzungsformate haben darüber hinaus auch anderen Empowerment-Wert.

G06 – Verstaatlichung von Krankenhäusern und Pflegeinstitutionen

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern eine Verstaatlichung der privaten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in
- 2 Niedersachsen.

Begründung:

Durch die Privatisierung der Krankenhäuser und Pflegeinstitute werden die Patienten nicht nur „abgefertigt“ wie am Fließband, sondern auch Operationen werden zum Beispiel aufgrund von Wirtschaftlichkeit nicht durchgeführt bzw. gelassen.

Wenn Krankenhäuser und Pflegeinstitutionen in staatlicher Hand wären, könnte sowohl eine flächendeckende medizinische Versorgung auch in ländlichen Gegenden, als auch die Qualität der Versorgung und die Arbeitsumstände des Personals gefördert und realisiert werden.

G07 – Die Corona-Pandemie aufarbeiten

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass die im Rahmen der Corona-
- 2 Pandemie durchgesetzten Maßnahmen kritisch und neutral von Experten und
- 3 Sachverständigen aufgearbeitet werden. Dabei sollte der Fokus auf die psychische
- 4 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegen und welche Auswirkungen die
- 5 staatlichen Maßnahmen auf diese Gesundheit hatten.

Begründung:

In der Zeit der Corona-Pandemie war unser aller Leben eingeschränkt und durch die Pandemie bedroht. Durch staatliche Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene wurden Grundrechte zum Teil stark beschnitten, insbesondere während der Lockdowns.

Schulen mussten lange schließen, Impfungen verzögerten sich, viele Auflagen, die in der Härte und Durchsetzbarkeit fraglich erschienen, traten in Kraft.

Der ehemalige CDU-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn prägte den Satz: „Wir werden einander viel verzeihen müssen.“ Jetzt ist die Zeit gekommen, um zu überdenken, ob die politischen Maßnahmen in ihrer Härte und Umsetzung damals richtig waren und welche Erfahrungen wir alle sammeln konnten, um zukünftige Pandemien und Gesundheitsnotfälle besser zu managen. Dieser Antrag richtet sich nicht per se gegen staatliche Maßnahmen in der Corona-Pandemie, stattdessen fordert er eine unabhängige Aufarbeitung, welche Maßnahmen evaluiert und als ein Anfang der Versöhnung gesehen werden kann.

G08 – Abschaffung der Quengelzone im Supermarkt

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	G – Gesundheit und Körperpolitik

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass die sogenannte "Quengelzone" in
- 3 Supermärkten und Discountern nicht mit gesundheitsgefährdenden Produkten
- 4 ausgestattet werden soll. Dabei ist insbesondere ein Fokus auf das Vermeiden von
- 5 Alkohol, Tabakwaren, Chips und Süßigkeiten zu legen. Andere Lebensmittel und
- 6 Verkaufsgegenstände sollten von einem Verbot ausgenommen sein.

Begründung:

Maßgeblich durch die Corona-Pandemie hat sich etwas Erschreckendes gezeigt: Wir Deutschen haben ein Problem mit dem Übergewicht. Aber nicht nur zu wenig Bewegung und Sport sind daran schuld, sondern auch hoch verarbeitete Lebensmittel mit zu viel Salz und Zucker befördern maßgeblich Gewichtsprobleme. Diese Gewichtsprobleme sind wiederum mit einer Reihe an Folgeerkrankungen verbunden, die von Diabetes, Herz Kreislaufstörungen, Gefäß-, Nieren- und Nervenschäden, aber auch Karies und einer Fettleber reichen. Auch die Tatsache, dass insbesondere Kinder stark von der Quengelzone und den darin befindlichen Produkten angezogen werden, spricht für eine Einschränkung des Verkaufes bestimmter Lebensmittel. Das Problem des Übergewichts beschäftigt unsere Gesellschaft und wird eines der drängendsten Probleme der Industriegesellschaften werden. Als Jusos sollten wir gerade Kinder vor den negativen Langzeitfolgen schlechter Ernährung bewahren.

I – Inneres und Antifaschismus

I01 – Rechts ist so 1933!

Antragsteller*in	Bezirksvorstand
Sachgebiet	I – Inneres und Antifaschismus

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

1 Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Diskriminierung gehören auch knapp 80
2 Jahre nach dem Ende der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus zum Alltag in
3 Deutschland. So wurde Ende Januar 2024 durch die Rechercheplattform 'correctiv'
4 offenbart, dass sich einflussreiche Rechtsextreme, aus Deutschland und Österreich,
5 darunter Funktionär*innen der AfD, Neonazis und deutsche Unternehmer*innen in
6 Potsdam getroffen haben, um ihren "Masterplan für Deutschland" und damit
7 einhergehend die Machtübernahme und die Vertreibung von Millionen von Menschen in
8 Deutschland zu planen. Einmal mehr steht nun fest, dass Deutsche Rechte nicht nur
9 grölen und raunen, sondern sich organisieren und sich verabreden, um ihre Taten zu
10 planen. Mit ihrer Tagung in Potsdam haben die Rechtsextremen bewiesen, dass sie nicht
11 nur die Erinnerung an die Verbrechen des NS torpedieren, sondern auch an diese
12 anknüpfen wollen. Die Auswirkungen rechter Straftaten werden auch durch Recherchen
13 von der Amadeu-Antonio-Stiftung deutlich. Seit der Wiedervereinigung gibt es mindestens
14 219 Todesopfer rechter Gewalt, sowie 16 weitere Verdachtsfälle. Diese rechten Überfälle
15 verdeutlichen die dahinterliegenden Weltbilder und zeigen, welche Gruppen dem Hass
16 zum Opfer fallen. Insbesondere kam es in den letzten Jahren auch zu massiven,
17 organisierten, rechtsterroristischen Aktivitäten. Täter*innen radikalisieren sich in
18 digitalen Räumen, teilen und verbreiten zutiefst menschenverachtende Inhalte und
19 verhöhnen die Opfer rechter Gewalt. Hass verändert seine Form. Gesellschaftliche
20 Dynamiken bringen neue Täter*innenstrukturen hervor, wecken das schlummernde
21 Gewaltpotenzial oder lassen es ruhen. Das Gewaltpotenzial, welches durch rechte
22 Strukturen und Parteien gesägt wird, zeigte sich gerade kürzlich in Sachsen, wo der SPD-
23 Spitzenkandidat für die EU-Wahl Matthias Ecke beim Plakatieren angegriffen haben und
24 schwer verletzt. Wir verurteilen diesen Angriff, der einen Angriff auf uns alle, die
25 demokratischen Wahlkämpfer*innen darstellt, aufs Schärfste. Hier offenbart sich das
26 wahre Bild der Rechten abermals. Von 1933 bis heute bleibt dabei eines immer gleich: Die
27 Feindbilder und Gruppen, die der Hass trifft, bleiben die selben. Mindestens 219
28 Todesopfer rechter Gewalt sind nicht hinnehmbar! Unsere Gesellschaft muss dafür
29 Verantwortung übernehmen. Um den Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu begegnen,
30 braucht es starke Akteur*innen, die sich gegen Hass und Hetze von Recht stellen. Es
31 bedarf uns Jusos, die geschlossen gegen Rechts eintreten und sich gemeinsam für eine
32 friedliche, tolerante und antirassistische Gesellschaft einsetzen! Darüber hinaus bedarf

es auch von staatlicher Seite Anerkennung und Aufarbeitung der Verbrechen, beispielsweise durch Prävention und Intervention.

Migration is not a crime

Für den Rechtsruck in dieser Gesellschaft ist nicht nur die AfD verantwortlich. Verantwortlich sind auch demokratische Parteien, die sich von der AfD die Agenda diktieren lassen. Besonders deutlich wird das bei der Migrationspolitik. Die AfD hat es geschafft, dass Migration in der deutschen Debatte vor allem als Problem gesehen wird. Das gilt für zahlreiche Politiker*innen der etablierten Parteien, das gilt ebenso für zahlreiche Medien. Verantwortlich dafür sind auch die Ministerpräsident*innen der Länder, die in der Ministerpräsident*innenkonferenz regelmäßig flüchtlingsfeindliche Maßnahmen diskutieren, von Überforderung sprechen und auf mehr Abschottung drängen. Folgt man der öffentlichen Debatte über Migration erscheint es manchmal so, als stünde das Land kurz vor dem Kollaps. Das entspricht, bei allen Herausforderungen, nicht der Realität. Positive Stimmungen zur Migration sind hingegen kaum noch zu hören. Es ist soweit gekommen, dass der CDU-Vorsitzende schlichtweg Hetze gegen Geflüchtete verbreitet und die Bundesregierung, auch unter Zustimmung von SPD und Grünen, über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems jubelt und damit einen massiven Angriff auf das Asylrecht begrüßt. Auch deshalb rutscht Deutschland in der Beliebtheit unter ausländischen Fachkräften immer weiter nach unten. Rassismus ist längst nicht mehr nur Bestandteil der AfD, sondern fester Bestandteil der bundesdeutschen Politik. Wir kämpfen deshalb weiter dafür, dass Migration als etwas Normales und Gutes gesehen wird, als Bereicherung für diese Gesellschaft und wir werden nicht aufhören, die Abschottungspolitik auch unserer eigenen Mutterpartei, der SPD, zu kritisieren.

Mit dem Rechtsstaat gegen die AfD

Die im Januar 2024 veröffentlichten Correctiv-Recherchen beweisen einmal mehr: Die AfD ist eine zutiefst rassistische, antidemokratische und national-völkische Partei. Sie ist der parlamentarische Arm der militanten, rassistischen Neonazi-Szene. Das Treffen in Potsdam hat erneut gezeigt, wie gefährlich die AfD und ihre Unterstützer*innen sind. Sie propagieren rassistische, antisemitische und menschenverachtende Ansichten, schmieden konkrete Pläne im Fall der Regierungsübernahme, planen die Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund und wie diesen ihre deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Einige AfD Landesverbände wie die aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden von den Landesverfassungsämtern bereits als rechtsextrem eingestuft. Ebenso wurde die "Junge Alternative" als gesichert rechtsextrem vom Bundesamt für Verfassungsschutz eingestuft. Die gesamte AfD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt, unter anderem wegen ihres ethnisch definierten Volksbegriffs. Trotz dieser bereits bestehenden Einstufungen könnte die AfD es bei den nächsten Landtagswahlen zur stärksten Fraktion oder sogar bis in die Regierung schaffen. Denn bereits 2019 ließ sich Jörg Kemmerich von der FDP in Thüringen im dritten Wahlgang mit Stimmen der AfD zum kurzzeitigen Interimsministerpräsidenten wählen. Ein Tabubruch wie dieser könnte bei den Ost-Landtagswahlen weit Schlimmeres

zufolge haben, denn bereits jetzt lassen sich Lokalpolitiker*innen der CDU zu Aussagen hinreißen, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht ausgeschlossen sei. In Sonneberg, wo die AfD deutschlandweit den ersten Landrat gestellt hat, zeigen sich insbesondere die Auswirkungen, wenn rechte Menschen in ein Amt gewählt werden. Durch den AfD-Sieg haben die Rechtsextremen aus Sonneberg einen Fuß in die Mitte der Gesellschaft bekommen. CDU-Chef Merz bezeichnete seine eigene Partei sogar als "AfD mit Substanz". Die Konservativen biedern sich rechten Wähler*innen und ihre Brandmauer, falls es sie jemals gab, ist längst gefallen. Von dieser Normalisierung rechtsextremer Politik profitiert vor allem eine Partei: die AfD. Dies dürfen wir nicht stillschweigend akzeptieren.

Noch glauben CDU/CSU und FDP naiv daran, dass man die AfD einfach nur inhaltlich stellen und sich mit ihr politisch auseinandersetzen müssen. Der CDU-Landesvorsitzende von Thüringen, Mario Voigt, ging sogar so weit zu glauben, er könne den Faschisten Höcke in einem Fernsehduell "entzaubern". Was er Höcke damit vor allem bot, war eine Bühne zur Selbstverharmlosung und eine Aufwertung zum gleichrangigen Diskussionspartner. Diese Strategie ist gescheitert. Wir sind davon überzeugt, dass es nicht reicht, sich politisch mit der AfD auseinanderzusetzen. Die AfD ist eine verfassungsfeindliche Partei, die die Demokratie auf legalem Wege, nämlich über Wahlen und Parlamente, aushöhlen und zerstören will. Führende AfD-Politiker wie Björn Höcke beschreiben diese Strategie offen in ihren Schriften. Genau für diese Bedrohungen haben wir eine wehrhafte Demokratie, die sich mit rechtsstaatlichen Mitteln wehren kann. Das ist eine Lehre aus der Weimarer Republik. Die AfD hat keinen legitimen Platz im politischen Parteiensystem. Deshalb fordern wir:

- dass die Beobachtung der AfD durch die Bundes- und Landesverfassungsschutzämter höchste Priorität erhält und somit die notwendigen Beweise für ein Verbotsverfahren zusammengetragen werden. Ziel muss es sein, dass Bundesrat, Bundestag und die Bundesregierung zusammen einen Verbotsantrag stellen können.

- dass die AfD bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestuft wird.

- dass der AfD nahestehende Vereine und Vorfeldorganisationen mit dem Rückgriff auf das Vereinsrecht verboten werden.

- den Ausschluss der AfD aus der staatlichen Parteienfinanzierung.

- Prüfung von Maßnahmen gegen erwiesene rechtsextreme Einzelpersonen, z.B. durch Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG.

- dass, wenn die Voraussetzungen vorliegen und aus juristischer Perspektive davon ausgegangen werden kann, dass ein Verbotsverfahren Aussicht auf Erfolg hat, ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht beantragt wird.

Es reicht - es ist an der Zeit, endlich alle notwendigen rechtsstaatlichen Instrumente gegen die AfD einzusetzen!

113 Eine wehrhafte Demokratie braucht ein starkes Bundesverfassungsgericht und einen
114 starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk

115 Unabhängige Verfassungsgerichte sind Hassobjekte von Rechtsextremen und autoritären
116 Kraft. In Ungarn hat Viktor Orban schon lange die Unabhängigkeit des Verfassungsgericht
117 beerdigt. In Polen hat die ehemalige PiS-Regierung mit zahlreichen Maßnahmen die
118 Arbeit des Verfassungsgericht torpediert. In den USA ist die Benennung von Richter*innen
119 des Supreme Courts vor allem von republikanischer Seite zu einem rein parteipolitischen
120 Akt geworden, um ultrakonservative Politik unabhängig von zukünftigen Wahlen
121 abzusichern. Umso wichtiger ist es, dass wir aus diesen vielen Beispielen lernen und das
122 Bundesverfassungsgericht so gut wie möglich vor Angriffen der AfD schützen. Bislang
123 werden Aufbau, Arbeitsweise und Wahl des Gerichts durch ein einfaches Gesetz geregelt,
124 das mit einer einfachen Mehrheit im Bundestag geändert werden könnte. Wir begrüßen
125 deshalb die Initiative der Ampel-Parteien, diese Regeln ins Grundgesetz zu überführen.
126 Das betrifft insbesondere:

- 127 - den Status des Bundesverfassungsgerichts
- 128 - die administrative Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts
- 129 - die erforderlichen Mehrheiten für die Wahl der Verfassungsrichter*innen
- 130 - die Amtszeiten der Richter*innen
- 131 - Regelungen, um einer möglichen Blockade der Richter*innenwahl
132 entgegenzutreten, wie beispielsweise das Benennen von Stellvertreter*innen oder die
133 Möglichkeit, geschäftsführend im Amt zu bleiben

134 Zudem ist unsere politische Erwartung an alle demokratischen Parteien, dass sie niemals
135 AfD-Kandidat*innen für das Bundesverfassungsgericht unterstützen werden.

136 Neben den Verfassungsgerichten ist auch ein unabhängiger, kritischer, gut ausgestatteter
137 öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ein Feindbild der Faschist*innen. Deshalb hat die
138 AfD das klar formulierte Ziel, den ÖRR abzuschaffen. Aktuell ist der ÖRR über
139 Staatsverträge der Länder geregelt. Die Kündigung eines Staatsvertrags bedarf keines
140 parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens, sondern kann kurzerhand durch die
141 jeweilige Landesregierung erfolgen. Je nach Bundesland kann es sogar ohne
142 Kabinettsbeschluss alleine durch die Entscheidung von Ministerpräsident*innen
143 geschehen. Beispiele dafür sind Thüringen, Brandenburg und Sachsen, also ausgerechnet
144 Bundesländer, in denen die AfD sich große Wahlerfolge verspricht. Ein AfD-
145 Ministerpräsident könnte so unter Umgehung eines möglichen Koalitionspartners, des
146 Parlaments und damit auch der öffentlichen Debatten den Rundfunkstaatsvertrag
147 aufkündigen. Zum Schutz des ÖRR müssen die Landesverfassungen deshalb dahingehend
148 geändert werden, dass Staatsverträge nur mit Zustimmung des Landtags gekündigt
149 werden können!

150 Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg

151 Seit 2023 stellt die AfD schon einen Bürgermeister und einen Landrat in Thüringen. In drei
152 ostdeutschen Bundesländern, darunter auch Thüringen, wird in diesem Jahr gewählt. In
153 allen drei Ländern könnte die AfD stärkste Kraft werden, obwohl die Partei in Sachsen und
154 Thüringen bereits vom Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextrem" eingestuft ist und
155 in Brandenburg als Verdachtsfall gilt. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte
156 könnten Rechtsextreme 2024 nach Bürgermeistern und Landräten auch an
157 Landesregierungen beteiligt werden. Betroffene rechter Gewalt berichten aus ganz
158 Deutschland von furchtbaren Situationen und täglichen Anfeindungen. Die
159 Zustimmungswerte vor Ort zu rassistischen und antisemitischen Aussagen steigen, und
160 gemeinnützige Vereine und Menschenrechtsorganisationen werden dort, wo
161 Rechtsextreme aktiv sind, in ihrer Arbeit bedroht und eingeschränkt. Engagierte
162 überlegen vielerorts konkret, wohin sie gehen oder was sie tun sollten, wenn ein
163 Ministerpräsident Höcke heißen würde. Für uns Demokrat*innen ist es kurz vor zwölf!
164 Deshalb ist es Zeit für Gegenwind. Fest steht, die AfD als stärkste Kraft müssen wir
165 gemeinsam verhindern! Es bedarf mehr als Warnungen und allgemeine Bekenntnisse zu
166 Demokratie und Toleranz oder Aufrufe zum Wählen. Es bedarf Initiativen, die gegen Hass
167 und Demokratieverdrossenheit aufstehen, um der AfD entgegenzutreten. Auch wir Jusos
168 müssen aktiv unsere Genoss*innen in den ostdeutschen Bundesländern unterstützen
169 und praktische Solidarität entgegenbringen.

170 Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus

171 In den vergangenen Jahren wurde die deutsche Erinnerungskultur vielfach kritisiert -
172 zurecht. Insbesondere die deutsche Kolonialzeit und Rassismuserfahrungen von
173 Migrant*innen in beiden deutschen Gesellschaften der Nachkriegszeit liegen bis heute im
174 toten Winkel der Erinnerung. Fakt ist, wir brauchen eine inklusive, solidarische Kultur der
175 Erinnerung und Verantwortung, welche von Museen, Erinnerungsorten, Universitäten,
176 Schulen und vielen anderen getragen wird. Auch bisherige Gedenkstätten und
177 Erinnerungsorte, sowie Lehrpläne müssen um rechtsterroristische Anschläge der letzten
178 Jahre und Jahrzehnte erweitert werden, da diese Anschläge eine kontinuierliche
179 Fortsetzung der Nazi-Ideologie sind. Hierbei ist es von Bedeutung, eng mit Aktivist*innen
180 und Überlebenden rechter Anschläge zusammenzuarbeiten. Es ist wichtig, dass vielfältige
181 Ansätze genutzt werden, um die Erinnerungen des Nazi-Terrors wachzuhalten. Im April
182 2024 hat eine neue Jugendstudie einen enormen Rechtsruck unter jungen Menschen
183 festgestellt. Die alte Annahme, dass junge Menschen automatisch links seien, gilt nicht
184 mehr. Insbesondere in Schulen sehen wir deshalb einen wichtigen Ort der
185 Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur und der Auseinandersetzung mit rechten
186 Übergriffen. Aber auch Dokumentar-, Kino- und Fernsehfilme, Gedenkstätten und
187 Mahnmale, sowie Begegnungen mit (Zweit-)Zeitzeug:innen und Überlebenden sind
188 wichtig für die Aufarbeitung und Erinnerung. Wichtig ist, gerade beim Umgang mit jungen
189 Menschen, dass eine angemessene pädagogische Begleitung gewährleistet ist.
190 Insbesondere die Perspektiven marginalisierter Gruppen wie Jüdinnen*Juden, Rom*nja
191 und Sinti*ze, BiPoCs müssen in unsere Erinnerungs- und Gedenkkultur einfließen.

192 Die Jugendstudie hat auch festgestellt, dass die politische Haltung von jungen Menschen
193 maßgeblich durch ein Gefühl der Verunsicherung bestimmt wird. Zentral sind neben
194 allgemeiner Krisenstimmung vor allem wirtschaftliche Faktoren. Viele junge Menschen
195 zweifeln an ihrer materiellen Sicherheit. Befeuert wird diese Sorge durch die massive
196 Inflation. Unsere Aufgabe ist es, diesen jungen Menschen mit einem jungsozialistischen
197 Zukunftsversprechen Hoffnung zu geben, indem wir nicht einfach davon ausgehen, dass
198 sie linke Politik automatisch gut finden, sondern indem wir erklären, warum linke Politik
199 genau in ihrem Interesse ist. Wirtschaftliche Stabilität, eine gerechte Transformation,
200 höhere Löhne, niedrigere Arbeitszeit und andere materielle Fragen müssen deshalb eine
201 wichtige Rolle spielen.

202 Unser Kampf gegen Rechts

203 Als Jusos im Bezirk Hannover treten wir gemeinsam für eine offene und tolerante
204 Gesellschaft ein, in der niemand in Angst leben muss. Wir solidarisieren uns mit den
205 Menschen, die von Diskriminierung und menschenverachtenden Anfeindungen betroffen
206 sind. Insbesondere seit den Veröffentlichungen von 'correctiv' gehen hundertausende
207 Menschen auf die Straße, es formen sich immer mehr zivilgesellschaftliche Bewegungen
208 gegen Rechts. Den Zusammenschluss von neuen Bewegungen gegen Rechts unterstützen
209 wir ausdrücklich, denn es braucht alle Demokrat*innen für den Kampf gegen Rechts. Wir
210 Jusos lassen keine rechten und rassistischen motivierten Aktionen und Inhalte
211 unwiderrprochen! Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen in breit aufgestellten
212 Bündnissen engagieren wir uns auf Gegenprotesten und setzen uns gegen Rechte,
213 rechtes Gedankengut, Mindsets und Strukturen ein. Wir nehmen unsere Verbandssäulen
214 Antirassismus und Antifaschismus ernst. Seit 109 Jahren Kämpfen wir Jusos bei uns im
215 Bezirk Hannover gegen Hass und Ausgrenzung, sowie rechte Tendenzen und Strukturen
216 in unserer Gesellschaft. Denn für uns gilt und wir werden nie müde werden, das zu sagen
217 und dafür zu kämpfen: Kein Fußbreit dem Faschismus!

I02 – Never again is now – Kein Platz dem Antisemitismus

Antragsteller*in	Bezirksvorstand
Sachgebiet	I – Inneres und Antifaschismus

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

1 Am 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas in einer beispiellosen Terrorattacke Israel. Mehr
2 als 1.000 Menschen wurden beim Angriff der Hamas ermordet und mehr als 240
3 Menschen wurden beim Angriff der Hamas als Geiseln genommen. Es war der größte
4 Massenmord an Jüdinnen*Juden seit der Shoah. Noch immer befinden sich mehr als 130
5 Geiseln in den Händen palästinensischer Terroristen. Ziel der Hamas waren vor allem
6 Zivilist*innen. Der 7. Oktober war ein Akt des Hasses auf Jüdinnen*Juden. Für uns steht
7 fest: Nie wieder ist jetzt!

8 Das Massaker der Hamas auf Israel hat insbesondere im letzten halben Jahr gravierende
9 negative Auswirkungen für das Leben von Jüdinnen*Juden in Deutschland und Europa
10 hinterlassen. So wurde auf den Straßen Deutschlands der Terrorangriff der Hamas
11 teilweise gefeiert, Wohnungen von Jüdinnen*Juden wurden mit dem Davidstern
12 gekennzeichnet, jüdische Eltern haben sich nicht mehr getraut, ihre jüdischen Kinder zur
13 Schule zu bringen. Viele Betroffenen berichten, dass sie sich nicht mehr trauen, jüdische
14 Symbole offen zu zeigen. Es gab ebenso einen Brandanschlag auf ein jüdisches
15 Gemeindezentrum, angestiftet durch das Mullah-Regime im Iran. Die Freie Universität
16 schreibt unrühmliche Schlagzeilen mit Angriffen auf jüdische Student*innen und
17 vermeintlich "pro-palästinensischen" Demonstrationen, die den Hamas-Terror
18 verharmlosen und Israels Existenz ablehnen. Auch in Hannover klebten Unbekannte
19 Aufkleber mit der Parole "Free Palastine from German guilt" an eine Gedenkstätte. Die
20 Statistiken des BKA zeigen diese Tendenzen: Seit dem 07. Oktober 2023 bis zum 22. Januar
21 2024 wurden 2249 antisemitische Straftaten verzeichnet. Im Vergleich zum
22 Vorjahreszeitraum ist das eine Vervierfachung der antisemitischen Straftaten. Mehr als
23 21x pro Tag wurden jüdische Menschen bedroht, beleidigt, angegriffen oder waren
24 antisemitischen Hassreden ausgesetzt. Die Dunkelziffer der Straftaten liegt jedoch
25 weitaus höher. Auch die 'Mitte Studie' der Friedrich-Ebert-Stiftung hat ergeben, dass jede
26 zehnte befragte Person angegeben hat, dass der vermeintliche "Einfluss der Juden" zu
27 groß sei. Die Daten und Taten der letzten Monate belegen, dass antisemitische
28 Einstellungen kein Randphänomen sind, sondern weit in die gesellschaftliche Mitte
29 hineinreichen. Dies zeigt insbesondere die Flugblatt-Affäre des Hubert Aiwanger.
30 Antisemitismus ist in allen gesellschaftlichen Gruppen anzutreffen und nirgendwo darf es
31 dafür Toleranz geben.

32

33 Besonders laut äußert sich aktuell der israelbezogene Antisemitismus. Wir bekräftigen
34 deshalb unsere Haltung: Jede Dämonisierung oder Delegitimierung, jede Äußerung, die
35 Doppelstandards an den Staat Israel anlegt, jede Äußerung oder Handlung, die
36 Jüdinnen*Juden kollektiv für israelische Regierungspolitik verantwortlich macht oder
37 Israel das Existenzrecht abspricht ist antisemitisch. Wer den Hamas-Terror feiert, handelt
38 antisemitisch. Wir kämpfen gegen jeden Antisemitismus – unabhängig davon, ob er von
39 rechtsextremen, islamistischen, christlichen oder anderen religiös motivierten,
40 vermeintlich linken oder aus der sogenannten politischen Mitte stammenden
41 Organisationen stammt. Gegen antisemitische Parolen, auch bei Demonstrationen, und
42 gegen das Zeigen der Symbole antisemitischer Gruppen muss konsequent vorgegangen
43 werden. Gleichzeitig muss der Schutz jüdischer Einrichtungen sichergestellt werden.
44 Bildungsprojekte und -arbeit gegen Antisemitismus müssen verlässlich ausfinanziert und
45 endlich über ein Demokratiefördergesetz entfristet werden. Wir solidarisieren uns mit
46 allen Demonstrationen und Bündnissen, die sich dem Antisemitismus entgegenstellen,
47 und stehen ein für das Recht aller Jüdinnen*Juden in Sicherheit zu leben. Denn nie wieder
48 ist jetzt!

I03 – Waffenrecht endlich konsequent umsetzen

Antragsteller*in	Celle
Sachgebiet	I – Inneres und Antifaschismus

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 • Das deutsche Waffenrecht muss konsequent angewendet werden
- 3 • So viele Waffen wie möglich aus den falschen Händen zu holen
- 4 • Das Angebot an illegalen Waffen endlich einzudämmen
- 5 • Die Schaffung einer zentralen Waffenbehörde
- 6 • Bessere Kommunikation und Informationsfluss zwischen den Behörden
- 7 • Erbende von Waffen direkt kontaktieren, anstatt auf ihre Mitwirkung zu hoffen

Begründung

In Deutschland ist die Zahl an Tötungen mit Schusswaffen mit durchschnittlich jährlich 150 Fällen gering. Dennoch ist jeder Fall einer zu viel. Anders als in den Vereinigten Staaten haben wir allerdings kein Problem mit legalen Waffen. Ungefähr 95% der Tötungen gehen auf das Konto von illegalen Waffen.

Illegale Waffen gibt es nach Schätzungen zwischen 30 bis 40 Mio. Stück in Deutschland. Ein großer Teil sind alte Kriegswaffen aus dem Zweiten Weltkrieg die noch in Kellern, Schränken und auf Dachböden herumliegen und von einer Generation an die Nächste weitergegeben werden. Ein weiterer Teil sind ehemals legale Waffen, die von verstorbenen Waffenbesitzer*innen vererbt wurden und die von den Erb*innen nicht gemeldet wurden und dadurch illegal werden. Es besteht eine Meldepflicht im Erbfall die bei Missachtung mit einer Ordnungswidrigkeit geahndet wird. Der Erbe kann die geerbte Waffe in seine Waffenbesitzkarte eintragen lassen, falls vorhanden, oder eine erhalten, wenn er geeignet ist. Andernfalls muss er die Waffe auf eigene Kosten unbrauchbar machen lassen oder verkaufen. Viele Erb*innen scheuen den Aufwand und die Kosten und so werden diese Waffen illegal. Ein weiterer großer Anteil an illegalen Waffen kommt aus dem ehemaligen Ostblock und dem Balkan, gezielt für den deutschen Schwarzmarkt und der Fluss hört nicht auf.

Für die ca. 5 Mio. legalen Waffen in Deutschland gibt es starke Gesetze, die viel erlauben. Von unangekündigten Kontrollen bis zum Waffenentzug bei Nichteignung sei es aufgrund schwerwiegender psychischer Erkrankung oder wegen Extremismus. Das Problem liegt in der Umsetzung. Für die Kontrolle der 5 Mio. legalen Waffen haben wir ca. 600 einzelne Behörden, die häufig unterbesetzt sind. Aufgrund der geringen Stellenanzahl und dem

hohen allgemeinen Verwaltungsaufkommen bleibt keine Zeit für Weiterbildung für die Entzugsverfahren oder gar deren Durchführung. Auch für die Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie beispielsweise den Verfassungsschutz fehlt die Zeit.

So viele Waffen wie möglich aus den falschen Händen bekommen!

Dazu benötigen wir eine zentrale, spezialisierte Behörde. Ein Bundeswaffenamt könnte ein passender Name sein. Der Wegfall der ca. 600 Waffenbehörden würde die Kommunen sichtlich entlasten. Eine zentrale Behörde hätte auch die Ressourcen, um spezialisierte Abteilungen aufzubauen, beispielsweise für den Entzug von Waffenerlaubnissen, der Bekämpfung des Waffenschwarzmarktes, der Kontaktierung der Waffenerben und es gäbe eine zentrale Behörde als Ansprechpartner für alle anderen Behörden für den nötigen Informationsaustausch. Nur mit einer zentralen Behörde können wir bestehendes Waffenrecht auch konsequent anwenden.

Wir müssen verhindern, dass Waffen im den Schengenraum gelangen, dass kann nur durch eine Stärkung von Zoll und dem EU-Grenzschutz gelingen.

Das Problem sind nicht die Sportschütz*innen und Jäger*innen in Deutschland. Es sind die legalen und illegalen Waffen in den falschen Händen

I04 – Erleichterung für Immigrierte

Antragsteller*in	Schaumburg
Sachgebiet	I – Inneres und Antifaschismus

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

1 Erleichterungen für Immigrierte in verschiedenen Bereichen vorzunehmen

Begründung:

Viele Menschen, die aufgrund von Krieg, Verletzung der Menschenrechte, Hass, Lebensgefahr usw. in andere Länder zur eigenen Sicherheit, zum Schutz und für gute Lebens- sowie Zukunftsaussichten für sich und die eigene Familie flüchten müssen, haben nicht nur eine schreckliche Vergangenheit gehabt, sondern müssen auch in neuen Ländern viele Schwierigkeiten erleben. In Deutschland gibt es viele gute Bildungsmöglichkeiten, sich weiterzuentwickeln und für sich einen Platz in der Arbeitswelt zu schaffen.

Dennoch fehlen vielen die relevanten Informationen dazu. Vor allem in kleinen Dörfern/Städten hat man kaum die Möglichkeit, einen Basiskurs für die deutsche Sprache zu besuchen. Um den A1 Deutschkurs besuchen zu können, müssen in vielen Fällen Wege in eine nächstgrößere Stadt auf sich genommen werden. Darunter sind vor allem Frauen*, die kleine Kinder haben, die sie vormittags betreuen müssen. Sie haben große Schwierigkeiten, täglich den Weg zum Kurs zurückzulegen und nebenbei die Kinder zu betreuen. Diese Situation betrifft viele Immigrierte in Deutschland, die in kleinen Städten/Dörfern wohnen.

Man könnte heutzutage, wo die Digitalisierung eine sehr große Rolle spielt, abends online Deutschkurse anbieten, sodass man sich leichter weiterbilden kann. Der Zugang für solche Apps ist gut erklärbar und auch die Geflüchteten, die nicht schulisch gebildet sind, können den Umgang mit Onlineunterricht und entsprechender Technik lernen. Dieses wird außerdem später in der Berufswelt eine große Hilfe sein.

In Deutschland hat die deutsche Staatsbürgerschaft ebenfalls eine große Bedeutung (v.a. für Schüler*innen, Abiturient*innen und Student*innen), denn die Menschen, die eingebürgert sind, dürfen ihren Beruf frei wählen. Schüler*innen mit Migrationshintergrund, die nach der 10. Klasse eine Ausbildung im öffentlichen Dienst machen wollen, dürfen es nicht, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht haben, obwohl diese Schüler*innen eine sehr gute Leistung auf dem Zeugnis nachweisen können. Genauso müssen Abiturient*innen, die nach dem Abitur ein duales Studium im öffentlichen Dienst absolvieren wollen, zuerst eine deutsche Staatsbürgerschaft nachweisen. Diese Voraussetzung erschwert es, den Beruf zeitnah zu erlernen. Die Regeln bzw. Voraussetzungen der Einbürgerung, die zuerst erfüllt sein müssen, damit man überhaupt eingebürgert werden kann (z.B. rechtmäßige Aufenthaltsdauer in

Deutschland, min. befriedende Deutschnote in der 10. Klasse), kommen erschwerend hinzu.

Deshalb fordern wir mehr kostenlose Fremdsprachenkurse (v.a. in Dörfern und Kleinstädten) in Präsenz und ebenfalls in Form von Online-Unterrichtsmöglichkeiten für alle Sprachniveaus (A1-C2). Außerdem sind Erleichterungen bei Einbürgerungsprozessen (v.a. für junge Menschen) erforderlich.

Dieser Schritt wäre unserer Meinung nach sehr wichtig, da die Arbeitslosenquote im Jahr 2023 durchschnittlich 5,7% betrug und im Januar 2024 liegt sie ca. bei 6,1%, also sie ist gestiegen und deshalb braucht man mehr gut gebildete Menschen, die gute Arbeit leisten können und sich auch sprachlich gut ausdrücken können. Je besser man integriert ist, desto bessere Berufschancen hat man. Personalmangel aufgrund von Krankheiten, persönlichen Gründen, in allen Berufen ist ein großes Thema. Deshalb sollte den Geflüchteten die Möglichkeit gegeben werden, sich gut ausbilden zu können.

S - Sonstiges

S01 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag

Antragsteller*in	Jusos Region Hannover
Sachgebiet	S – Sonstiges

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Seit 1957 ist neben der Urnenwahl auch eine Briefwahl möglich. Zunächst nutzten diese
- 2 Möglichkeit bei Bundestagswahlen durchschnittlich 8,6 Prozent der Wahlberechtigten, bei
- 3 der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 waren es 9,4 Prozent. In jüngerer Vergangenheit
- 4 lag der Anteil regelmäßig bei ca. 30 Prozent, bevor er während der Pandemie auf 47,3
- 5 Prozent anstieg.
- 6 Durch den stark wachsenden Briefwahlanteil wirken sich ungültige Stimmen durch Fehler
- 7 in diesem Wahlverfahren stärker als in der Vergangenheit auf das Wahlergebnis aus. Eine
- 8 Vereinfachung des Briefwahlverfahrens gewinnt daher zunehmend an Bedeutung und
- 9 kann die Reduktion ungültiger Briefwahlstimmen bewirken. Die Möglichkeit zur Briefwahl
- 10 hat auch einen positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung, welcher durch Erleichterungen
- 11 bei der Wahldurchführung ebenfalls gesteigert werden kann.
- 12 Briefwahl muss im Gegensatz zur Urnenwahl zu beantragt werden, die
- 13 Briefwahlunterlagen sind genauso wie bereits die Wahlbenachrichtigungen ausführlich
- 14 und in komplexer Sprache gestaltet, sodass sie nicht allgemein verständlich sind. Zudem
- 15 werden wichtige Informationen nicht optisch hervorgehoben, weshalb das vollständige
- 16 Lesen und Verstehen notwendig ist. In der Vergangenheit kam es bei der Briefwahl zu
- 17 einer höheren Fehlerquote, u.a. wegen fehlender Wahlscheine oder Unterschriften. Dies
- 18 sind die häufigsten Ursachen für ungültige Briefwahlstimmen. Bei jeder Wahl werden
- 19 tausende Stimmzettel von Briefwähler*innen, insb. aus benachteiligten Milieus, nicht
- 20 gewertet. Bei den in einer Studie des Politologen Dominic Nyhuis von der Leibniz
- 21 Universität Hannover untersuchten Wahlen wurden 3,6 Prozent der Briefwahlstimmen
- 22 wegen Formfehlern nicht gewertet, demgegenüber lag der Anteil ungültiger
- 23 Urnenwahlstimmen bei 1,9 Prozent. Damit ist die Wahrscheinlichkeit einer ungültigen
- 24 Stimme bei der Abgabe mittels Briefes fast doppelt so hoch wie bei der Stimmabgabe im
- 25 Wahllokal.
- 26 - Daher fordern wir eine grafische und sprachliche Vereinfachung der
- 27 umfangreichen Briefwahlunterlagen und Wahlbenachrichtigungen bei allen Kommunal-,
- 28 Landtags-, Bundestags- sowie Europawahlen. Neben der Überprüfung des Designs sollen
- 29 kürzere und einfachere Texte mit optischer Hervorhebung der wichtigsten Informationen
- 30 verwendet werden. Durch die Bereitstellung von Briefwahlunterlagen und

31 Wahlbenachrichtigungen in leichter Sprache werden besonders sozial benachteiligte
32 Milieus, in denen häufig zugleich ein geringeres Bildungsniveau oder sprachliche Defizite
33 vorherrschen, erreicht.

34 - Zudem sollen Briefwahlstimmen, die wegen Formfehlern nicht gewertet werden
35 konnten, in den Wahlergebnissen gesondert ausgewiesen werden, um ein Bewusstsein
36 für dieses Problem zu schaffen. Personen, deren Stimmzettel nicht gewertet werden
37 konnten, sollen wie in Großbritannien eine individuelle Rückmeldung bekommen, um aus
38 ihren Fehlern lernen zu können.

39 Ein weiteres Problem besteht in den verspätet im Wahlbüro eintreffenden
40 Briefwahlstimmen. Bereits die Rücklaufquoten der postalischen Stimmzettel sind gering,
41 da Briefwahlunterlagen vereinzelt erst nach dem Wahltag bei den Wähler*innen
42 zugestellt werden. Die Stimmabgabe im Wahllokal ist nach Beantragung der Briefwahl nur
43 möglich, wenn die eigenen Briefwahlunterlagen mitgebracht werden. Sind diese am
44 Wahltag noch nicht zugestellt, können die betroffenen Bürger*innen also nicht an der
45 Wahl teilnehmen.

46 - Deshalb fordern wir eine frühere Bearbeitung der Wahlunterlagen. Um auf den
47 steigenden Anteil von Briefwähler*innen zu reagieren, soll mehr Verwaltungspersonal im
48 Vorfeld von Wahlen mit der Bearbeitung der Wahlunterlagen betraut werden.

49 - Stimmzettel, die gemäß Poststempel rechtzeitig, also am Wahltag bis zur
50 Schließung der Wahllokale, abgesandt wurden und nur aufgrund der postalischen
51 Zustellungsdauer erst nach der Frist zur Stimmabgabe eingegangen sind, sollen trotzdem
52 angenommen werden.

S02 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie

Antragsteller*in	Jusos Region Hannover
Sachgebiet	S – Sonstiges

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 In einigen SPD-Ortsvereinen ist es gelebte Praxis, dass dieselben Mitglieder über Jahre
2 hinweg als Delegierte zu Parteitag, Konferenzen o. ä. fahren. Bistlang geben die
3 Satzungen der verschiedenen SPD-Ebenen dies her. Die Folge ist, dass neue aktive
4 Mitglieder, insbesondere junge Menschen, keine Chance haben, über die Ortsvereine in
5 eine Delegation für ebendiese Parteitage gewählt zu werden. In einigen Fällen wird diese
6 satzungsrechtliche Lücke bewusst dafür genutzt, die erwünschten Personen über Jahre
7 zu Parteitag fahren zu lassen, sobald diese einmal in der „richtigen“, vom Vorstand
8 erwünschten Konstellation gewählt worden sind. Trotz monatlich stattfindender
9 Ortsvereinssitzungen und regelmäßiger Mitgliederversammlungen werden
10 Tagesordnungspunkte zur Wahl von Delegierten bewusst nicht aufgerufen. Es handelt
11 sich hierbei also nicht um ein Zurückgreifen auf ein altes Wahlergebnis aus zeitlichen oder
12 organisatorischen Gründen, sondern als taktisches Mittel, um innerparteilichen
13 Diskrepanzen zu begegnen.
- 14 Wir fordern daher, die Statuten der einzelnen SPD-Ebenen dahingehend zu ändern, dass
15 die Delegierten der Ortsvereine zum Unterbezirks- und Bezirksparteitag mindestens alle
16 zwei Jahre neu gewählt werden müssen. Eine Ausnahme davon soll es nur bei
17 außerordentlichen Parteitag geben, da hier die Vorlaufzeit erheblich geringer ausfällt.
18 Zwischen den Zeilen 18 und 19 soll als Absatz eingefügt werden: „§ 6 Nr. 1a) S. 1 des
19 Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten
20 Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und
21 „gewählten Delegierten“.
- 22 Konkret sollen folgende Ergänzungen in den Statuten vorgenommen werden:
- 23 - 4 § 6 Nr. 1a) S. 1 des Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den
24 Ortsvereinen gewählten Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den
25 Ortsvereinen“ und „gewählten Delegierten § 4 Nr. 1a S. 1 des Statuts des SPD-Unterbezirks
26 Region Hannover („Er [der Unterbezirksparteitag] setzt sich zusammen aus 200 in den
27 Ortsvereinen gewählten Delegierten.“): ergänze „jährlich neu“ zwischen „aus 200“ und „in
28 den Ortsvereinen“
- 29 - § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover („Die
30 Unterbezirke können in ihren Satzungen bestimmen, dass bis zu drei Viertel der nach Satz
31 1 zu wählenden Delegierten [zum Bezirksparteitag] unmittelbar in den Ortsvereinen

32 gewählt werden.“): ergänze „und jährlich neu“ zwischen „unmittelbar“ und „in den
33 Ortsvereinen“.

34 Die Delegierten zum Landesparteitag werden zwar von den Bezirken und nicht von den
35 Ortsvereinen gewählt und findet nur alle zwei Jahre statt, dennoch sollte auch hier eine
36 Konkretisierung vorgenommen werden, um die regelmäßige Neuwahl der Delegation
37 sicherzustellen:

38 - § 4 Abs. 2 S. 1 der Satzung und Wahlordnung des Landesverbandes Niedersachsen
39 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands („Er [der Landesparteitag] setzt sich
40 zusammen aus den in den Bezirken gewählten 200 Delegierten und den
41 Landesvorstandsmitgliedern.“): ergänze „vor jedem Landesparteitag neu“ zwischen „in
42 den Bezirken“ und „gewählten 200 Delegierten“

43 Bei den Jusos wird die jährliche Neuwahl der Delegation bereits jetzt so gehandhabt, ein
44 Beispiel ist in der Richtlinie für die Jusos im Bezirk Hannover zu finden: „Die Delegierten
45 sind in den Unterbezirken jedes Jahr neu und quotiert zu wählen.“ [Abs. 6 Nr. af)
46 Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten
47 und Jungsozialisten (Jusos) im SPD-Bezirk Hannover].

S03 – Leerstand bekämpfen!

Antragsteller*in	Jusos Region Hannover
Sachgebiet	S – Sonstiges

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen,
- 2 die Eigentümer*innen von Immobilien zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung
- 3 bzw. Eigennutzung verpflichtet. Sollten Immobilien in für die Gemeinschaft besonders
- 4 wichtigen Lagen vorsätzlich dem Leerstand überlassen werden, so sollen durch die
- 5 Kommune Strafzahlungen erhoben werden. Diese Strafzahlungen sollen bei längerem
- 6 Leerstand eine Höhe erreichen, dass der Leerstand trotz möglicher Wertsteigerung der
- 7 Immobilie unwirtschaftlich wird.
- 8 Begründung:
- 9 Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- 10 Wohnraum wurde zur Nutzung als Wohnung errichtet und Gewerbeimmobilien zur
- 11 Nutzung durch Gewerbe. Trotzdem entscheiden sich immer mehr
- 12 Immobilieneigentümer*innen, ihre Immobilien leerstehen zu lassen. Die Kalkulation
- 13 dahinter ist simpel: Auch unvermietete Immobilien rentieren sich. Der Wertanstieg der
- 14 Immobilie genügt dem Kapitalinteresse auch ohne Mieteinnahmen bzw. die
- 15 Wertsteigerung der ungenutzten Immobilien übersteige die der genutzten inkl.
- 16 Nettomieteinnahmen. Das darf so nicht sein. Solange es für Immobilien ein
- 17 Nutzungsinteresse gibt, dürfen diese nicht absichtlich leerstehen gelassen werden!

S04 – Mehr Durchsetzungsvermögen der SPD in der Ampelkoalition, insbesondere gegenüber der FDP

Antragsteller*in	Jusos Celle
Sachgebiet	S – Sonstiges

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen, dass die SPD in der Ampelkoalition mehr
- 2 Durchsetzungsvermögen gegenüber der FDP zeigen soll.

Begründung:

Als sozialdemokratische Partei tragen wir eine Verantwortung, die Interessen der Menschen zu vertreten und sozial gerechte Politik zu gestalten. In einer Koalition mit der FDP ist es jedoch oft schwierig, unsere sozialen und progressiven Ziele durchzusetzen, da die FDP oft eher wirtschaftsliberale Positionen vertritt. Daher fordern wir, dass die SPD in der Ampelkoalition entschiedener und kompromissloser für soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und progressive Politik eintritt und sich dabei insbesondere gegenüber der FDP behauptet. Dies bedeutet, dass die SPD klare Positionen vertritt, hart verhandelt und notfalls auch Kompromisse verweigert, wenn sie unseren Grundwerten widersprechen. Nur so können wir sicherstellen, dass die SPD ihre politischen Ziele in der Koalition wirksam durchsetzen kann und nicht von der FDP dominiert wird.

Hinweis: Die SPD hat eine lange Tradition als sozialreformerische Partei und sollte in einer Koalition mit anderen Parteien nicht ihre Prinzipien aufgeben, sondern für sie kämpfen.

S05 – Keine Tierausbeutung in Zirkussen - Forderung nach einem bundesweiten Verbot von Zirkussen mit Tieren

Antragsteller*in	Jusos Lüneburg
Sachgebiet	S – Sonstiges

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Ausbeutung von Tieren in Zirkussen, seien es Elefanten, Kamele oder Esel, ist
2 allgegenwärtig und im Jahr 2024 nicht mehr zeitgemäß und ethisch vertretbar. Tiere im
3 Zirkus werden meist in engen Käfigen oder Gehegen gehalten und haben keinen Zugang
4 zu ausreichend Platz, frischer Luft oder natürlichem Sonnenlicht. Ebenfalls müssen Tiere
5 Kunststücke ausführen, die unnatürlich und in vielen Fällen schmerzhaft für sie sind.
- 6 Es gibt mittlerweile sehr viele Zirkusse, die ein großartiges Programm und spannende Acts
7 ohne Tierqual zu bieten haben. Deshalb wird beschlossen, dass alle Zirkusse, die Tiere in
8 ihrem Programm haben, verboten werden. Es wird gleichzeitig dafür gesorgt, dass nur
9 noch Zirkusse ohne Tiere im Programm eine Zulassung erhalten werden. Es wird
10 beschlossen, dass bestehende Programme nach einer individuell festgelegten
11 Übergangszeit auslaufen und betroffene Zirkusgruppen bei einer Umstellung zu
12 tierleidfreien Alternativen unterstützt werden.

Begründung:

Wir sollten uns als Gesellschaft dafür einsetzen, dass Tiere nicht länger als bloße Instrumente für menschliche Unterhaltung eingesetzt werden, sondern als fühlende, leidensfähige und eigenständige Lebewesen mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit anerkannt und respektiert werden.

S06 – Olaf seine Augenklappe wiedergeben

Antragsteller*in	Jusos Nienburg
Sachgebiet	S – Sonstiges

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz möge sich dafür einsetzen, dass
- 2 • Olaf Scholz von der SPD zum Tragen einer Augenklappe verpflichtet wird.
- 3 • Er diese lediglich zum Schlafen und unter keinen Umständen bei seiner Arbeit als
- 4 Kanzler, in Interviews oder in der Öffentlichkeit ablegen darf.
- 5 • Diese Verpflichtung gilt, bis er nicht mehr Kanzler oder in einer SPD-internen
- 6 Machtposition ist.

Begründung:

Olaf Scholz geht nicht ohne Augenklappe.

Im September 2023 zeigte der Kapitän Deutschlands, dass er uns in einen (inzwischen chinesischen) „sicheren“ Hafen navigieren wird. Er war unser Steuermann, und aus hielt er, bis er das Ufer gegen die AfD gewann! Noch heute erinnern wir uns an - für ihn erstaunlich - emotionale Reden, in denen er den faschistischen Demokratie-Meuterern zeigt, wer in Deutschland den Dreispitz auf hat!

Einen Monat später, nachdem er die Augenklappe ablegte, konnten wir seine Kapitulation vor diesen Meuterern im Spiegel lesen, wo Olaf in einem Interview "Abschiebung im Großen Stile" forderte.

Für die Jusos Nienburg kann das kein Zufall sein! Wir fordern, dass Olaf seine Augenklappe wieder aufsetzt, seine Kanonen nach rechts richtet und Deutschland wieder auf Kurs in den demokratischen Sozialismus bringt!

V - Verkehr

V01 – Dauerhafte Finanzierung des bundesweiten 49€-Tickets zwischen Bund und Ländern sicherstellen

Antragsteller*in	Jusos Celle
Sachgebiet	V - Verkehr

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Juso-Bezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die dauerhafte
- 2 Finanzierung des bundesweiten 49€-Tickets zwischen Bund und Ländern einsetzen soll.

Begründung:

Das bundesweite 49€-Ticket hat sich als ein wichtiger Beitrag zur Förderung von klimafreundlicher Mobilität und zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs erwiesen. Es bietet vielen Menschen eine preiswerte Möglichkeit, innerhalb Deutschlands zu reisen, und trägt zur Entlastung der Straßen und zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bei. Um sicherzustellen, dass das 49€-Ticket langfristig bestehen kann und für alle erschwinglich bleibt, ist eine dauerhafte Finanzierung zwischen Bund und Ländern erforderlich. Die SPD soll sich daher für eine solide finanzielle Grundlage einsetzen, um das Ticket zu unterstützen und den Zugang zu bezahlbarer Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Diese Investition in den öffentlichen Nahverkehr ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch ein Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen in Deutschland.

Hinweis: Das 49€-Ticket hat bereits positive Auswirkungen auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gezeigt und sollte daher langfristig erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden.

V02 – Kein Verkauf von Schenker durch die Deutsche Bahn: Keine Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren

Antragsteller*in	Jusos Celle
Sachgebiet	V - Verkehr

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen, dass die Deutsche Bahn Schenker nicht
- 2 verkaufen soll und generell darauf achten soll, keine Gewinne zu privatisieren und
- 3 Verluste zu sozialisieren.

Begründung:

Der Verkauf von Schenker durch die Deutsche Bahn würde nicht nur einen wichtigen Teil des Unternehmens aufgeben, sondern auch bedeuten, dass die Bahn wichtige logistische Kompetenzen und Ressourcen verliert. Dies könnte langfristig die Leistungsfähigkeit der Deutschen Bahn beeinträchtigen und negative Auswirkungen auf die Qualität der Dienstleistungen haben. Darüber hinaus steht der Verkauf von profitablen Unternehmensbereichen im Widerspruch zum Grundsatz, dass Gewinne nicht privatisiert und Verluste sozialisiert werden sollten. Daher fordern wir, dass die Deutsche Bahn Schenker nicht verkauft und stattdessen sicherstellt, dass alle Unternehmensbereiche langfristig erhalten bleiben und für die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Deutschen Bahn genutzt werden. Hinweis: Der Grundsatz, keine Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, ist ein wichtiger Bestandteil einer gerechten und solidarischen Wirtschaftspolitik und sollte daher konsequent umgesetzt werden.

W – Wirtschaft und Finanzen

W01 – Erhöhung des Grundfreibetrages

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	W – Wirtschaft und Finanzen

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen, dass der steuerliche Grundfreibetrag
- 2 einmalig um 5000 Euro angehoben wird.

Begründung:

Alle Arbeitnehmer:innen, egal ob gut-, mittel- oder geringverdienend, zahlen im Regelfall Einkommensteuer. Belasten indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer oder die Sozialabgaben untere Einkommen überdurchschnittlich stark, so leidet die viel beschworene Mittelschicht in Deutschland unter vergleichsweise hohen Steuern auf Arbeit wie der Einkommenssteuer, während Reiche und Erben sich ihrer steuerlichen Verantwortung oftmals entziehen. Als Volkspartei sollten wir die arbeitende Mitte entlasten. Dies könnte durch die einmalige Erhöhung des Grundfreibetrages, der Stand 2024 bei 11.604 Euro liegt, um 5000 Euro gelingen. Auf den ersten Blick mag diese Entlastung zwar nach dem Prinzip der berühmten Gießkanne wirken, sie bevorteilt Arbeitnehmer:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen aber überdurchschnittlich stark im Vergleich zu Arbeitnehmer:innen mit einem hohen Einkommen, die durch den Spitzensteuersatz oder durch Steuern auf Kapital stärker zur Kasse gebeten werden. Als Partei der Mitte sollte die SPD endlich Impulse für die Entlastung mittlerer Einkommen setzen.

U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

U01 – Resolution: Stoppt den japanischen Walfang!

Antragsteller*in	Bezirksvorstand
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 In den 1980er Jahren wurde der kommerzielle Fang großer Walarten von der
2 Internationalen Walfangkommission (IWC) verboten, welcher die 14 größten
3 Fangnationen, darunter auch Japan, angehörten. Von Beginn des Fangverbots an umging
4 Japan die Beschlüsse der IWC und nutzte eine Ausnahmeklausel, die den Fang zu
5 Forschungszwecken erlaubt, um weiterhin Wale unter dem Vorwand der Forschung zu
6 jagen.
- 7 Diese „Forschungsjagden“ führte Japan bis 2019 sogar in der Antarktis aus. Das
8 antarktische Südpolarmeer ist seit 1994 als Schutzgebiet definiert, um Großwalen einen
9 ungestörten Rückzugsort in ihren Paarungs-, Aufzucht- und Nahrungsgebieten zu geben,
10 die durch den antarktischen Sommer besonders artenreich sind. Zuvor wurden im letzten
11 Jahrhundert etwa 1,5 Millionen Wale im Südpolarmeer geschossen, wodurch nach
12 Schätzungen der Meeresbiolog*innen der IWC die Zahl der Wale auf ein Zehntel der
13 ursprünglichen Bestände gefallen ist. Durch Japans Forschungsjagden konnten die Wale
14 nun trotz Einrichtung des Schutzgebiets in der Antarktis nicht ungestört ihre Jungen
15 aufziehen.
- 16 Inzwischen hat Japan seinen Walfang auf die japanischen Küstengewässer beschränkt, ist
17 jedoch vor fünf Jahren aus der IWC ausgetreten, um die eigenen Gewässer zukünftig sogar
18 offiziell kommerziell zu bejagen. Bislang hat sich der Staat dabei auf die kleineren Minke-
19 , Bryde- und Seiwale konzentriert, doch nun sollen nach einer Frist für Äußerungen der
20 Öffentlichkeit bis Mitte Juni auch die größeren Finnwale auf die japanische Liste der
21 erlaubten Arten gesetzt werden. Mit einer weiteren zu jagenden Walart wird die Anzahl
22 der getöteten Wale wieder steigen und trifft darüber hinaus eine Population, die sich in
23 den letzten Jahren durch mühsamen Schutz erstmals seit Jahrzehnten leicht erholen
24 konnte.
- 25 Gelegentlich begründet Japan seine Jagdpolitik mit einer jahrhundertealten
26 Walfangtradition, doch dieses Argument trifft nicht zu: Die Geschichte des japanischen
27 Walfangs ist noch jung, erst 1934 begann die Jagd. Die japanischen Regierungen waren
28 niemals bereit, sich tatsächlich für den Schutz der Wale einzusetzen. Stattdessen
29 subventionieren sie den Walfang mit Millionenbeträgen.
- 30 Die ökologische Bedeutung von Walen wird oft unterschätzt, obwohl sie weitreichende
31 Auswirkungen auf die Umwelt und im Kampf gegen den Klimawandel haben. Im

- 32 Walkörper bindet sich Kohlenstoff, bevor er zu klimaschädlichem CO₂ werden kann.
33 Sterben Wale auf natürliche Weise, verbleibt der eingelagerte Kohlenstoff auf dem Grund
34 der Meere, anstatt in die Atmosphäre zu gelangen. Zudem verhelfen die
35 Stoffwechselprodukte der Wale zum Wachstum von Phytoplankton, welches die gesamte
36 marine Nahrungskette fördert und zur Stabilität des Ökosystems beiträgt.
- 37 Deshalb fordern wir ein Ende des japanischen Walfangs statt der Jagd auf zusätzliche
38 Arten!

U02 – Energiewende für alle: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen

Antragsteller*in	Jusos Region Hannover
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu
- 2 schaffen, um den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines
- 3 (Mehrfamilien-)Hauses produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im
- 4 Rahmen der Heizkostenabrechnung mit 20ct/kWh abrechnen zu können.

Begründung

Perspektivisch werden immer mehr Mehrfamilienhäuser mit einer zentralen Wärmepumpe beheizt werden. Diese für die Wärmewende notwendige Entwicklung wirft jedoch folgende Frage auf: Was ist, wenn ich eine PV-Anlage auf dem Dach habe und den von der PV produzierten Strom zum Betrieb meiner Wärmepumpe in einem Mehrfamilienhaus nutze.

Zur Verdeutlichung zwei Beispiele:

Ohne PV-Anlage wäre es so: Die Wärmepumpe verbraucht 10 000 kWh in einem Jahr, um das Haus zu beheizen. Bei einem Strompreis von 30ct pro kWh wären das jährliche Heizkosten von 3000€. Diese werden nun entsprechend eines Verteilerschlüssels, häufig 30% Grundkosten und 70% Verbrauchskosten verteilt. So muss Mieter Herr Müller dann vielleicht 250€ Heizkosten zahlen und Frau Meier 350€. Nun kommt eine PV-Anlage ins Spiel: Vermieter Herr Friedrich möchte die Energiewende voranbringen. Er installiert eine PV-Anlage auf dem Dach des Mehrfamilienhauses. Vom produzierten Strom werden nun 4000 kWh von der Wärmepumpe verbraucht. Das ist super, so müssen nur noch 6000 kWh aus dem öffentlichen Netz für 30ct pro kWh gekauft werden. Die Heizkosten betragen also nur noch 1800€. Herr Müller freut sich, er müsste auf einmal nur noch 180€ Heizkosten zahlen und Frau Meier nur noch 200€. Der Einzige, der nicht begeistert ist, ist Herr Friedrich. Er hat 20 000€ für die Anlage investiert und hat nun aber keine Vergütung für den von seinen Mietern verbrauchten Strom. Um diese Situation zu lösen, soll aufbauend auf dem Modell der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung eine Regelung geschaffen werden, dass von einer zentralen Wärmepumpe verbrauchter Strom von Herrn Friedrich pauschal mit 20 ct auf die Heizkosten umgelegt werden darf. Er würde nun also die 4000 von seinen Mietern verbrauchten kWh zu 20 ct umlegen können und würde so 800€ bekommen, mit denen er zusätzlich zur Einspeisevergütung für den eingespeisten Strom die Investitionskosten für die Anlage reinvestieren kann. Für Herrn Friedrich macht die Investition nun also wieder Sinn. Die Heizkosten lägen nun

insgesamt bei $1800\text{€} + 800\text{€} = 2600\text{€}$. Das freut auch Herrn Müller und Frau Meier, denn sie bezahlen jetzt nur noch 230€ und 310€ Heizkosten, sparen also auch Kosten aufgrund der PV-Anlage. Mit diesem Modell einer pauschalen Vergütung könnte unbürokratisch die Kombination von PV-Anlage und Wärmepumpe nicht nur im Eigenheim, sondern auch im Mehrfamilienhaus attraktiv gemacht werden. Davon profitieren am Ende alle: Sowohl der Vermieter, der seine Investitionskosten refinanziert bekommt, aber auch die Mieter, die bei den Stromkosten sparen. Das Modell funktioniert natürlich auch bei Wohnungseigentümergeinschaften, die sich gemeinsam die PV-Anlage anschaffen.

Mit diesem Modell kann ein zentrales Problem für die Energiewende im Gebäudesektor in den nächsten Jahren gelöst werden. Die Höhe der Verbrauchsvergütung könnte selbstverständlich an den aktuellen Strompreis gekoppelt werden, sodass die Vergütung immer günstiger ist, als der aktuelle Endkundenpreis.

U03 – Zigarettenstummel? Nein danke!

Antragsteller*in	Jusos Göttingen
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Wir fordern eine Reduzierung der Menge an Kaugummi und Zigarettenstummel, die auf
- 2 den Straßen entsorgt werden, durch stärkere Sanktionierung und mehr
- 3 Außendienstmitarbeiter*innen, sowie die Beteiligung von Tabak-Industrien und
- 4 Kaugummi- Hersteller*innen an der Beseitigung von Zigarettenstummeln und
- 5 Sensibilisierung der Öffentlichkeit.
- 6 Begründung:
- 7 Leider sind Kaugummi und Zigarettenstummel eine häufige Form von Verschmutzung
- 8 auf unseren Straßen, die neben der Verschlechterung des Erscheinungsbildes der Stadt
- 9 auch schwerwiegende Umweltauswirkungen haben. Beispielsweise können Tiere sich an
- 10 falsch entsorgten Kaugummi verschlucken und daran sterben. Zudem ist die Kaumasse
- 11 von Kaugummi nicht biologisch abbaubar. Erst nach vielen Jahren zersetzt sich die Masse
- 12 und zerfällt langsam zu Mikroplastik. Damit gelangt Mikroplastik über Abwasser, Abrieb
- 13 etc. in unsere Gewässer und schließlich ins Meer. Auch die Entfernung von Kaugummi
- 14 kann hartnäckig und teuer werden.
- 15 Eine einzige Zigarette kann zudem einer Studie zufolge 1000 Liter Wasser verunreinigen,
- 16 und vergiftet damit den Lebensraum für kleine Wassertiere. Bis zu 7000 Chemikalien kann
- 17 sie freisetzen, darunter krebserregende Substanzen.
- 18 Zwar werden die Verstöße als Ordnungswidrigkeiten sanktioniert, jedoch in der Realität
- 19 kaum bis gar nicht verfolgt. Es fehlen die nötigen Ressourcen für die Verfolgung der
- 20 Verstöße, sowie ausreichend hohe Strafen.
- 21 Darüber hinaus wäre eine Lösung, die Hersteller*innen zur Kasse zu ziehen. Nach dem
- 22 Beispiel Frankreichs könnten Tabakindustrie und Kaugummihersteller*innen dazu
- 23 verpflichtet werden, etwas zu der Beseitigung der Zigaretten/Kaugummi beizusteuern
- 24 und in Kampagnen zur Sensibilisierung zu investieren.
- 25 Es ist an der Zeit, dieses Problem anzugehen und eine sauberere und gesündere Umwelt
- 26 sowie ein angemessenes Stadtbild zu gewährleisten!

U04 – Was passieren muss, damit Menschen auch in der Klimakatastrophe überleben können.

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Dafür fordern wir die Umsetzung eines Portfolios an Maßnahmen, um die
2 Überlebensfähigkeit sicherzustellen.
- 3 1. Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Wohnraum, Wasser und Essen
4 sicherstellen, in Krisengebieten priorisieren und als Grundrecht in die Verfassung
5 aufnehmen.
- 6 2. Besonders gefährdete Regionen mit verbesserten Frühwarnsystemen und
7 Evakuierungsplänen ausstatten.
- 8 3. Die Versorgung mit medizinischen Einrichtungen und Hilfskräften verbessern, um den
9 Auswirkungen von Hitzeerkrankungen, Herz-Kreislauf-Problemen und
10 Atemwegserkrankungen konsequent entgegenzutreten.
- 11 4. Einrichtung sozialer Sicherungssysteme zur Erhaltung und zum Aufbau einer
12 widerstandsfähigen Gesellschaft. Dies könnte erhöhte Mindestlöhne,
13 Sozialsicherungssätze und subventionierte Grundnahrungsmittel umfassen.
14 Arbeitnehmer sollten unterstützt werden, Vermögen aufzubauen, und im Falle von
15 Nichtteilnahme an der Bewältigung der Krise durch die Gesellschaft sollten Enteignungen
16 in Betracht gezogen werden. Zudem die Einrichtung von Versicherungen, ähnlich der
17 Rentenversicherung, um Menschen in klimakatastrophenbedingten Situationen zu
18 unterstützen.
- 19 5. Unterstützung von Kommunen und regionalen Unternehmen durch Seminare und
20 aktives Wissensmanagement, um sich auf Umweltveränderungen vorzubereiten. Dazu
21 gehören kommunale Risiko-Chancen-Abwägungen, Vorbereitungen auf klimatische
22 Extremereignisse und die Entwicklung von Arbeitsplätzen in nachhaltigen und
23 umweltfördernden Industrien und Dienstleistern.
- 24 6. Umbau der Wirtschaft zu regionalen Kreislaufwirtschaften durch Schaffung von
25 Arbeitsplätzen in nachhaltiger Stromerzeugung, Ausbau von touristischen Angeboten mit
26 nachhaltigem Ansatz und Förderung nachhaltiger Landwirtschaft.
- 27 7. Ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz in Krisensituationen, der besonders marginalisierte
28 Gruppen berücksichtigt und Maßnahmen an ihre Bedürfnisse anpasst. Zu diesen
29 Gruppen gehören Frauen*, LGBTQIA+, Kinder, Menschen mit Behinderungen und andere.

30 8. Kooperation und gegenseitige Unterstützung: Technologien und Lösungen sollten
31 geteilt werden. Regionen mit ähnlichen Problemen sollten sich zusammenschließen,
32 Erfahrungen austauschen, Lösungen erarbeiten und diese kontinuierlich verbessern. Dies
33 könnte auch die Schaffung internationaler Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger
34 Regionen umfassen.

Begründung:

Um der Klimakrise wirksam entgegenzutreten, ist es entscheidend, dass sich schwache Gruppen vernetzen und gegenseitig unterstützen. Ein ganzheitlicher Ansatz ist erforderlich, um das Überleben vieler Menschen zu gewährleisten.

U05 – Klima Krise Kommunikation

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Klimakatastrophe ist in ihrer Auswirkung die größte Gefahr für den Großteil der Unter-
2 und Mittelschicht. Somit ist der Kampf für eine Welt, die klimaneutral ist, auch immer ein
3 Kampf für eine Welt der Gleichberechtigung, Toleranz und Vielfalt. Deshalb fordern wir
4 eine konsequente Klimapolitik, in der die Folgen der Katastrophe von den starken
5 Schultern unserer Gesellschaft getragen werden müssen. Es geht in der Klimapolitik
6 darum, den Klassenkampf wieder zu entfachen und zu verstehen, dass wir viele
7 Maßnahmen ergreifen müssen, um vielen Menschen ein lebenswertes Leben zu
8 ermöglichen.
- 9 Um diese Menschen zu erreichen, fordern wir die Umsetzung einer besseren
10 Kommunikation, die verstärkt betont, dass Nichtstun sozialen Abstieg bedeuten wird. Es
11 sollte deutlich gemacht werden, dass obwohl nachhaltiges Arbeiten anfangs größeren
12 Aufwand bedeutet, der langfristige Aufwand verringert ist, und dass Menschen Mittel und
13 Wege aufgezeigt werden müssen, um den Kampf gegen die Klimakatastrophe zu
14 bestehen und zu gewinnen. Es ist auch wichtig zu erkennen, dass man als Individuum
15 nicht unbedingt viel erreichen kann, jedoch über gemeinsame Aktionen mit
16 Gewerkschaften, Kirchen, aktivistischen Vereinigungen, politischen Organisationen und
17 auch Unternehmen viel mehr erreichen kann, um den Kampf erfolgreich zu führen.

Begründung:

Die Klimakatastrophe ist die größte Bedrohung für die Menschheit als Ganzes. Um Zustimmung für Klimaschutzmaßnahmen zu erlangen, sollte die Kommunikation darauf ausgerichtet sein, dass eine Verschärfung der Klimakrise Wohlstandsverlust und Armut bedeutet.

U06 – Kompletter Ausstieg aus der Atomkraft

Antragsteller*in	Jusos Hildesheim
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Betriebserlaubnis für das Unternehmen ANF GmbH in Lingen im Emsland ist zu
- 2 entziehen.

Begründung:

Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie werden bei uns in Niedersachsen weiterhin Brennelemente für Atomreaktoren produziert. Im Emsland, genauer gesagt in Lingen, soll die Produktion sogar noch gesteigert werden. Am Rande des Industriegebietes im Süden der Stadt liegt die Firma ANF (Advanced Nuclear Fuels GmbH), sie ist Tochter des französischen Konzerns Framatome. Die Tochter ANF besitzt trotz des Atomausstiegs eine unbefristete Betriebserlaubnis und stellt aus Uranhexafluorid die Brennelemente für Atomkraftwerke her. Bisher wurden mehr als 37.000 Brennelemente mit über 6,7 Millionen Brennstäben für Druck- und Siedewasserreaktoren in Deutschland und im westeuropäischen Ausland gefertigt. Der Fertigungsprozess gliedert sich in vier wesentliche Bereiche. Der Ausgangsstoff Uranhexafluorid, der für diese Herstellungsprozesse genutzt wird, kommt trotz Sanktionen aus Russland. Grund dafür ist eine Ausnahme der Sanktionen gegen Russland seit dem Angriffskrieg. Erst kürzlich scheiterte hierfür eine Abstimmung der EU, zu Abhängig sind Atomnationen wie Frankreich, Belgien, Tschechien, Ungarn und die Slowakei.

In Zukunft soll die Produktion ausgeweitet werden, um Brennelemente zu schaffen, die in Kraftwerke russischer Bauart passen. Hierfür ging Framatome bereits eine Kooperation mit einer Tochter des russischen Unternehmens Rosatom. Diese untersteht der russischen Regierung und leitet die zivile und militärische Atomindustrie des Landes und kontrolliert 151 Produktions- und Forschungsstätten des atomaren Bereiches. Nach Experten des Europaparlamentes kontrolliert die Agentur 98 Prozent des nuklearen Materials in Russland. Fachlich entscheiden muss für den Umbau des Unternehmens das niedersächsische Umweltministerium.

„Die Bundesregierung kann und muss in Eigenregie sämtliche Genehmigungen für Atomgeschäfte zwischen der Brennelementefabrik Lingen und Rosatom zurücknehmen und darf keine neuen Genehmigungen erteilen. Rosatom ist durch die Kontrolle des hart umkämpften AKW Saporischschja in der Ukraine unmittelbare Kriegspartei – einen Kreml-Konzern dürfen deutsche Behörden nicht unterstützen. Die Bundesregierung muss zudem der französischen Regierung klar machen, dass eine Beteiligung Russlands an der Brennelementeproduktion von Framatome in welcher Form auch immer absolut

inakzeptabel ist," so Alex Vent vom Lingener Bündnis AgiEL – Atomkraftgegner:innen im Emsland.

¹

https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/atomaufsicht_strahlenschutz/kerntechnische_anlagen/brennelementfertigungsanlage_lingen/brennelementfertigung-8452.html

²

<https://atomstadt-lingen.de/2022/12/07/doch-brennelementekooperation-rosatom-framatome/>

U07 – Einwegvapes abschaffen

Antragsteller*in	Jusos Landkreis Harburg
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover mögen beschließen, dass der Verkauf von Einwegvapes bundesweit in Deutschland verboten wird.
- 2

Begründung:

Früher waren es noch Zigaretten und Pfeifen, heute wird an den Schulen unseres Landes an bunten Stäben gezogen, die meist aus Plastik bestehen und in verschiedenen Geschmäckern angeboten werden. Durch ihr ansprechendes und harmlos wirkendes Design wirken sie als perfekte Einstiegsdroge für Kinder und Jugendliche und verherrlichen Tabakkonsum. Doch nicht nur der Aspekt der Einstiegsdroge, sondern auch der Aspekt der Umweltverschmutzung sollte ausschlaggebend für ein bundesweites Verbot von Einwegvapes sein. Diese haben nämlich nur eine bestimmte Anzahl von Zügen, bis sie nicht mehr verwendet werden können und im Müll landen - ein wahres Armutszeugnis für eine Gesellschaft, welche die Notwendigkeit von Umwelt- und Klimaschutz ernst nimmt.

U08 – Klima- und Umweltfreundlichkeit von Produkten als Warnhinweise

Antragsteller*in	Jusos Nienburg
Sachgebiet	U – Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:

- 1 Forderungen:
- 2 Die Juso Bezirkskonferenz möge beschließen, dass
- 3 • Eine „Umwelt-Ampel“ für alle Produkte eingeführt werden soll, ähnlich dem Nutri-
- 4 Score bei Lebensmitteln oder der Haltungsformangabe bei Milch, die die Klima- und
- 5 Umweltfreundlichkeit, bzw. -schädlichkeit, des Produktes für die Konsument*innen
- 6 möglichst transparent macht und einen nachhaltigen Konsum somit vereinfacht.
- 7 • Produkte anhand von Informationen über den CO2-Ausstoß, den
- 8 Wasserverbrauch, den Transportweg, die Verpackungsart und den generellen
- 9 Ressourcenverbrauch in die Stufen dieser Umweltampel eingeordnet werden sollen,
- 10 wobei die Angaben sich auf die gesamte Produktionskette und die Bereitstellung
- 11 beziehen.
- 12 • Auf die für die Berechnung genutzten Daten von Konsument*innen mittels QR-
- 13 Codes oder Links auf dem Produkt zugegriffen werden kann, um einen detaillierten
- 14 Einblick für umweltbewusste Konsument*innen und Behörden zu ermöglichen.
- 15 • Diese Angaben, sollten sie positiv von den Standardwerten der Produktkategorie
- 16 abweichen, genau überprüft werden, um Transparenz zu wahren und Greenwashing zu
- 17 vermeiden.
- 18 • Diese Regelung möglichst auf EU-Ebene eingeführt wird, um durch
- 19 Produktstandards eine internationale Wirkung – auch außerhalb der EU – zu entfalten.

Begründung:

Nachhaltiger Konsum ist für immer mehr Menschen wichtig. Bei einer Befragung gaben über 2/3 der Konsument*innen an, beim Kauf sehr auf Nachhaltigkeitsaspekte achten zu wollen. Für viele ist dabei der Dschungel der an Güte Siegeln, Klassifizierungen und Umweltplaketten verwirrend.

Daher schlagen wir vor, alle für die Nachhaltigkeit eines Produktes relevanten Kennzahlen in eine Metrik zu bündeln, die – ähnlich wie der Nutriscore oder die Haltungsformampel – für Konsument*innen transparent macht, wie klima- und umweltfreundlich das Produkt ist, dass sie sich anschauen. Das würde nachhaltigen Konsum für umweltbewusste Konsument*innen nicht nur einfacher machen, sondern könnte auch eine generelle

Lenkungswirkung entfalten, da bei der Wahl zwischen zwei sonst identischen Produkten eher das mit der besseren Umweltampel gewählt werden würde.

Die Offenlegung der für die Berechnung verwendeten Daten macht die Bewertungen zusätzlich nicht nur transparent für die Konsument*innen, sondern erleichtert es Regulierungsbehörden auch, Angaben gezielt nachzuprüfen.